

Adressband

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW61, Dreibundstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 30. November 1929

Nummer 96

Arbeitslosennot als Gefahr für Staat und Wirtschaft

Dies Kapitel beschäftigt anscheinend die arbeitenden Schichten in erhöhterem Maße als die regierenden und Unternehmer-schichten. Man kann es mit Recht annehmen, wenn man die Wirtschaft betrachtet, mit der die Kreise behandelt und gebildet werden, die das Arbeitslosenheer wesentlich vergrößern helfen und ungünstig beeinflussen.

Ich gehe aus eigenem Antrieb und aus eigener beschaubarer Betrachtung in die Zukunft hinein. Wenn ich dabei auch die Zukunft nicht aus dem Auge verliere, so will ich es mir dennoch verneinen, hier Zukunfts-müssen zu treiben. Ein guter Logiker wird aber aus den Maßnahmen, die für die Gegenwart unbedingt zu treffen sind, folgern können, was für die Zukunft zu geschehen hat.

Wir leben heute, wohl mehr denn je, in einer Zeit der widerwärtigsten Gegenjählichkeiten. Die ungemein weit ausholende Kriegssphäre beherrscht nicht allein die Wirtschaft, sondern auch die Menschen. Zu solcher gehören auch außergewöhnliche Maßnahmen und Entschlüsse. Nicht allein von oben. Sondern jeder einzelne muß sich aus dem elenden Egoismus, der zu dem Blutbad des Weltkrieges führte, herausführen zu dem natürlichen Zustand des lieben und seinen Menschen, daß er erkennt: nur aus dem guten Ergehen aller Volksteile kommt das Volkswohl, des Volkes Wohl zustande.

Da wir nun von dem fatten Kapitalisten statt der edlen Erkenntnis von dem Wehstand des Schtandes der armen Bevölkerung nur ein sattes, höhnisches Grinsen bekommen, niemals aber eine durchgreifende Änderung von oben, so müssen wir arbeitenden Schichten, als unsere Vertreter die Gewerkschaften, mit uns selbst anfangen, müssen also im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen Selbsthilfe üben! Wir müssen uns daher in erster Linie gegen

1. die männlichen Doppelverdiener,
2. die weiblichen Doppelverdiener,
3. die sämtlichen Arbeiter über 65 Jahre, soweit sie noch in Betrieben arbeiten,
4. die sämtlichen Beamten- oder Staatsbetriebsinvaliden, soweit sie als Arbeiter irgendwelcher Art Doppelverdiener sind,

wenden. Dies alles für die Gegenwart, und daraus herauswachsend für die allernächste Zukunft

5. auch in Pensionärkreisen darf es keine Doppelbezieher von Pensionen geben.

Kurzum, jeder Doppelverdiener muß in Anbetracht der heute herrschenden traurigen Wirtschaftslage aus jedem Betriebe verschwinden. Es darf vor niemand halbgemacht werden.

Wenn sich die Gewerkschaften mit ihrer ungeheuren Macht, die sie doch zweifelsohne darstellen, dieser Aufgabe widmen, können sie meine unter 1 bis 4 angeführten Punkte in engem Kontakt mit dem Arbeitsministerium regeln. Die Gesetzesmaschine braucht da nicht staatsunwächtig zu arbeiten. Natürlich darf hier nicht bei den Armpfen der Armen angefaßen werden, sondern faßen wir, der Not der Zeit gehorchend, bei den Männern an, die sich berufen fühlen, mit oder ohne Not, in ihren Freistunden beruflich noch einmal tätig zu sein; zum andern gehen wir zu den Ehefrauen über, die ihren Verfolger, den Ehegatten, mit vollem Wochenlohn nach Hause kommen sehen, aber dennoch Tag für Tag mitarbeiten müssen. Es ist nicht immer die Not, die sie zur Mitarbeit veranlaßt, es ist — leider — häufig genug ausgeprochene Selbstsucht von „ihm“ oder von „ihr“, bedenken dabei aber nicht, daß sie anderen Mitmenschen die Existenz rauben.

Zum dritten knüpfen wir uns unsere „alten Herren“ vor und schiden von ihnen 90 Proz. nach Hause. Das ist nun eine äußerst schwierige Arbeit, weil die wirtschaftliche Lage doch zu verschiedenartig ist, als daß sie über einen und denselben Reifen gefahren werden könnte; wir wollen auch ferner das Alter nicht vor den Kopf stoßen! Also ein bißchen vorsichtig! Bei tieferem Schilren bekommen wir aber — immer in Kollegenteile —, daß sich 90 Proz. der arbeitsfähigen alten Herren über 65 Jahren nur darum von der geliebten Arbeit nicht trennen, weil sie jetzt erst anfangen können, etwas sorgenlos mit Muttern in den Tag hineinzuhauen!

(Zur Schande der herrschenden Gesellschaftsordnung sei es ihr ins Gesicht geschleudert, daß der Arbeiter also erst dann von Wohlergehen sagen kann, wenn ihn die jüngere Generation veranlassen muß, von der Arbeitsbilanz gutzutreten!)

Jedoch die Not der Arbeitslosen in allen jüngeren Jahren mit all ihren verderblichen Erscheinungen zwingt uns, vor dem Alter und dessen Wunsch nach Weiterbeschäftigung im Betrieb nicht haltzumachen.

Wir hätten mit diesen Maßnahmen bis hierher unsern eignen gewerkschaftlichen Prinzipien entsprochen und uns auf den Boden der harten Tatsachen gestellt, indem wir uns liebgeordnete Menschen ihren Arbeitsplatz verlassen heißen, um diesen von denen einnehmen zu lassen, die das Gebot der Stunde, das sittliche Gebot zur Arbeit verpflichtet. Wer anders handelt, der nimmt nur seine persönlichen Interessen wahr, dem fehlt jeder Gemein-sinn. Darum müssen klar sehende Männer für sie handeln.

Wir müssen uns von vornherein aber darüber klar sein, daß wir hierbei nicht schematisch vorgehen dürfen; wir dürfen nicht dort die vermeintliche Doppelarbeit nehmen, wo sie im geheimen die Haupteinkommensquelle der Familie, der dürftige Zufluß zum Lebensunterhalt einer vom Schicksal verfolgten kranken Familie bedeutet.

Verlangen wir heute aus Gerechtigkeitsgründen: Beseitigung des Doppelverdienstes, Invaldisierung der alten Garde, lohnende Arbeit für alle Arbeitsfähigen der Jugend, Erhaltung der heranwachsenden Generation durch Vater oder Mutter, aber nicht durch Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, dann müssen wir mit allem Nachdruck die Mißere zu Punkt 4 und 5 einer Klärung und Abstellung entgegenführen.

Wer hätte nicht schon mit tiefem Groll beobachten müssen, wie kräftige Männer im besten Alter ihre Pension verzehren und darüber hinaus noch eine andre Arbeitsstelle innehaben. Dagegen Front zu machen wäre den Gewerkschaften ein Leichtes, wenn sie sich in erster Linie den eben geschilderten Problemen widmen wollten. Dies heute schon hier behandeln, würde zu weit führen, da es den geeigneten Weg vorläufig überschreiten würde.

Meine Ausführungen können natürlich nur den Charakter einer Skizze beanspruchen. Wollte man sich näher mit dieser Materie beschäftigen, dann käme in erster Linie das physiologische Moment meiner Vorschläge zur Erörterung. Könnte man dies all jenen Anghstigen ein-hämmern, die da meinen, sie verhungern, wenn sie nicht ihren Extraverdienst haben, die Frau ihren Etat aus eigenem Verdienst bewältigt, der alte Herr bis in die 70er hinein wurstelt — ich meine, dann wäre so manchem Arbeitslosen gewiß schon geholfen, ohne daß ein Nachwort von oben gesprochen würde. Zu fordern ist aber, daß von oben der Erkenntnis Bahn gebrochen und mit gutem Beispiel vorangegangen wird: Doppelverdiener heraus aus allen Einnahmequellen! Damit wäre vielen tausend Erwerbslosen geholfen, und uns auch!

Dros.

Arbeitslosenfrage - Rationalisierung

Es ist nicht allein der Intellektuellengrad, der Erfolge dem Leben gewährleistet, sondern die Güte und Güte der Charakter bestimmen ihn.

Dr. Paul Cavaux.

Der Arbeitslosenfrage ist in einigen der letzten Nummern des „Kor.“ nähergetreten worden. Bedingt war diese Stellungnahme durch den Umfang, den die Arbeitslosenfrage im Buchdruckgewerbe genommen hat und die daraus resultierenden Wirkungen, die allerdings vorläufig sich nur in Unstimmigkeiten innerhalb des Arbeiterlagers aus-gewirkt haben. Mit dem Umfang der Bewegung, also mit Fortdauer oder vielleicht noch Vergrößerung der Arbeitslosenzahl, werden die Not und die Unzufriedenheit wachsen, die zur Unproduktivität und deshalb zur wirtschaftlichen Schlechterstellung verurteilte Arbeiter-schicht wird pro-tekstieren. Dies wird sich in erster Linie in einer politischen Umschwenkung bemerkbar machen, die insofern der größeren Ausdehnung und des Zuwachses, den sie durch mit ihnen sympathisierende Kreise erhält, sich im weiteren Verfolg der Bewegung auch gegen das Unternehmertum richtet. Dieser Fall kann früher oder später eintreten. Es hängt mit der Lösung der Arbeitslosenfrage innig zusammen. Es ist klar, die Lösung des Arbeitslosenproblems ist nicht

nur eine Sache der Gewerkschaften, nein, sie rüttelt am Unterbau der gegenwärtigen Staatsform überhaupt und ist deshalb für die Arbeitgeber-schicht im gleich großen Maße von Wichtigkeit. Diese Tatsache ist von weiter-blickenden Vertretern beider Seiten in ihrer ganzen Ge-fährlichkeit erkannt. Es ergibt sich sonach hieraus gezwun-genermaßen ein Zusammenarbeiten beider Teile, das der Lösung des Arbeitslosenproblems und der materiellen Besserstellung der Arbeitslosen Rechnung trägt. Es soll hier gleich bemerkt werden, daß nicht verjastet werden soll, dies auf Kosten der Arbeitenden zu tun, da solches Vor-gehen nur zu neuer Unzufriedenheit führen würde und eine gegenseitige als die angestrebte Wirkung auslösen könnte.

In Wider-sinn zur Lösung der Arbeitslosenfrage stehen die zur Zeit auf verfeinerter Basis angestrebten Rationalisierungsaktionen. Es ist vielfach von Unternehmer-seite der Wunsch geäußert worden, ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften in dieser Frage in die Wege zu leiten. Wie können jedoch Arbeitslosenfrage und Rationalisierung auf eine Formel gebracht werden, aus der beide Teile Nutzen ziehen? Ist ein Zusammenarbeiten bei der gegebenen Viel-fältigkeit des Problems überhaupt möglich? Hören wir deshalb die Meinung einiger ausländischer Gewerkschafts-vertreter.

Van Malbere sagt im „Mouvement syndical belge“: „Unsre Gewerkschaften sind Kampforganismen. Sie unter-scheiden sich von andern Organisationen desselben Namens — neu-trale, christliche — dadurch, daß sie das Regime des ka-pitalistischen Eigentums bekämpfen und ihm eine soziale Organisation unterstellen, welche auf einem kollektiven Besitz der Produktions- und Wechsellmittel basiert. Sie be-schränken sich nicht nur darauf, wie die Organisationen der sozialen Länder, für ihre Mitglieder sofortige Vorteile (Erhöhung des Lohnes, Verringerung der Arbeitszeit) zu reklamieren, sondern sie wollen die Ursache der sozialen Ungleichheit ausmerzen und ein ökonomisches Regime ein-führen, welches die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verbant.“ Die Unternehmer-seite bemerkt hierzu: „Solange sich die Gewerkschaften nicht darauf be-schränken, für ihre Mitglieder sofortige Vorteile zu rekla-mieren, so lange ist eine Zusammenarbeit sehr erschwert, ja selbst unmöglich.“ Wir sehen also, daß man eine Herabsetzung der Arbeitszeit wohl in Kauf nehmen würde, wenn triftige Gründe dazu zwingen.

William Green, Präsident des amerikanischen Arbeits-verbands, schreibt u. a. in einem Brief an den Kongreß der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit: „Da die Methoden der Arbeitsorganisation die Arbeiter lebhaft berühren, begrüßt es die Arbeitswelt, daß sie nun selbst prüfen und ihren Eingebungen, die sie durch die Erfahrung gewonnen hat, folgen kann, insofern es die Anwendung und weitere Wirkung der Arbeitsorganisation betrifft. Die Arbeit hat ein Interesse, die Produktion zu vergrößern, weil eine definitive Erhöhung des Lebensniveaus nicht anders zustande kommen kann als durch eine Vergrößerung des Ertrages. Die Arbeitergewerkschaften sind bereit, an der ökonomischen Realisation der Produktion mitzu-arbeiten, soweit sie sich auf Wege beschränkt, die der Ge-rechtigkeit und dem Recht entsprechen.“ Diese Erklärung ist natürlich auch nicht so recht nach dem Geschmack der Unter-nehmertreife, aber sie sehen sie immerhin als eine Basis an, auf der zusammenzuarbeiten werden könnte. Erinnern wir nur bei dieser Gelegenheit an die Worte, die der Vor-sitzende des Deutschen Buchdrucker-Vereins anlässlich des 60jährigen Jubiläums in Mainz aussprach: „Der Deutsche Buchdrucker-Verein will nicht nur ein Arbeitgeberverband sein, sondern gleichzeitig ein wirtschaftlicher Verband, der es ernst nimmt mit der Erfüllung sozialpolitischer, aber auch technischer und kultureller Aufgaben.“

Wir geben nun einem Vertreter des „schönen“ Landes Mussolini das Wort: Botta, Unterstaatssekretär am Ge-nossenschaftsministerium, sagt im Hinblick auf die Beteili-gung der Arbeiter-schicht an der Rationalisierung: „Der Arbeiter hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich daran zu beteiligen, weil nur er es ist, der die Ausdehnung seiner Verantwortlichkeit abmessen kann, indem er sich die höchsten Erfordernisse im Zusammenhang mit der nationalen Produktion vor Augen hält.“ Vom Gerechtigkeitsstand-punkt aus werden diese Erklärungen in Betracht gezogen werden müssen, und die Arbeitervertreter haben also die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Grenzen der Rationali-sierung, dem Gesamtinteresse entsprechend, gewahrt bleiben.

Wir sehen also, daß nicht, wie eingangs erwähnt wurde, Arbeitslosenfrage und Rationalisierung zwei oppositionelle Begriffe im wahren Sinne des Wortes sind, sondern daß sie ineinander verflochten, und daß die Lösung des einen Problems durch das andre bedingt wird. Das heißt also, daß erschöpfter Produktionsbedarf der Schlüssel zur Lösung ist. Und darauf müssen wir hinarbeiten und eine Verkündung suchen. Denn was nützt Rationalisierung auf der einen Seite, wenn durch deren Methoden die Gesamtheit geschädigt wird und dadurch Differenzen entstehen, die zu Streiks und Aussperrungen führen und nur einen größeren Verlust von Wirtschaftskapital bedeuten, der nicht so schnell wieder realisiert werden kann. Das Heilmittel für unser Gewerbe auf dem Wege der Leistungssteigerung zu suchen, um dadurch den Selbstkostenpreis herabzubringen, die Auftraggeber durch verbilligte Preise also zu vermehrter Auftragserteilung anzuregen, ist für den gegenwärtigen Zeitpunkt undenkbar. Eine Leistungssteigerung ginge heute nur auf Kosten der Qualität der Erzeugnisse. Die Auftraggeber würden also nicht nur nicht angeregt, sondern im Gegenteil abgeschreckt werden. Außerdem würde sie eine unterschiedliche Preisbildung mit sich bringen, die leicht zu noch stärkeren Preisunterbietungen führen und Unsicherheit in die Arbeitgebererschaft tragen kann, nicht allein zu ihrem eignen Nachteil, sondern dem des ganzen Gewerbes. Eine Leistungssteigerung kann nur Hand in Hand gehen mit der technischen Ausbildung. Ein vermehrter Auftragsseingang muß also durch andre Mittel angeleitet werden. Die Vorschläge, welche sich in erster Linie in Verbindung mit der Lösung der Arbeitslosenfrage impostieren, wären folgende:

- 1. Einschufung eines Ausschusses zum Studium der Lösung der Arbeitslosenfrage.
 - 2. Führgangnahme und Festlegung einer Basis, auf der ein gedeihliches Zusammenarbeiten in der Arbeitslosenfrage mit den Unternehmern möglich ist (Kundenwerbung, Aufklärungsarbeit über die Bedeutung des gedruckten Wortes, Ausbildung der Arbeiter).
 - 3. Sofortige Anmeldung der freien Stellen beim Arbeitsamt.
 - 4. Einstellung von Überstundenarbeit.
- Die in Nr. 83 des „Korr.“ vorgeschlagenen Forderungen sind zu unterstützen, falls der gute Wille auf Unternehmenseite ausbleibt oder es sonstwie im Interesse der Sache nötig wäre, sie zu berücksichtigen. Man wird sich jedoch klar sein darüber, daß diese nur durch tarifliche Verhandlungen oder auf gesetzlichem Wege durchgeleitet werden könnten. Bis dahin ist natürlich der Zeitverlust erheblich. Um dem zu entgegen, habe ich, ohne das Thema irgendwie erschöpfend behandelt zu haben, obenstehende Vorschläge vorgebracht.
- H. v. (Berlin.)

Die Arbeitslosigkeit

steht in unserm Verbandsorgan zur Debatte. An die lesenswerte Einleitung von „Cato“ knüpft die Schriftleitung den Wunsch, möglichst schnell und praktisch wirksame Vorschläge zur Unterbringung der Arbeitslosen zu machen. Hierbei mag die Bemerkung gestattet sein, daß auch der theoretisch sehr gute Gedanke des Redaktionsartikels, die Druckarbeiten unter Ausschaltung veralteter Produktionsrichtungen auf hochleistungsfähige Betriebe zu übertragen, sich nur schwer in die Praxis umsetzen läßt, solange der private Besitz an den Produktionsmitteln, d. h. der Kapitalismus schlechthin, besteht. Diese Ideen der Berufsuereifung („Wie sucht ihr mich heim, ihr Bilder, die längst ich vergessen gelaubt“) erscheinen doch zur Zeit, so sehr wir uns auch um die Demokratisierung der Wirtschaft bemühen, zumindest verfrüht.

Betrachten wir den Umfang der dem Druckgewerbe zufließenden Aufträge und untersuchen wir einmal, wodurch die Menge der anfallenden Arbeiten vergrößert werden könnte. Da taucht u. a. wieder die Frage auf, ob es unter den herrschenden finanziellen Verhältnissen möglich ist, auf dem Wege der Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unter Zuhilfenahme der produktiven Erwerbslosenhilfe Werte wissenschaftlicher Sondergebiete herauszubringen, deren Druck sonst unterbleiben würde.

Die fremdsprachlichen Aufträge, die wie in der Inflationszeit in größerem Maße in Deutschland hatten, sind mit der Einführung der festen Währung und dem Aufhören des Dumpings fast alle verschwunden. Es kommen für uns also hauptsächlich Arbeiten in deutscher Sprache in Frage. Hierbei wirkt sich wohl auch die Verdrängung des Deutschen in verschiedenen Gebieten Europas, wie Polen, Südtirol usw., ungünstig aus, wozu noch einflußreicherernde Zollschranken kommen. Die Pflege des Deutschstums im Ausland, nicht nationalitätlich, sondern im Sinne der Sprachpflege aufgeföhrt, kann auf den Absatz unserer Bücher, Zeitschriften, Musikwerke usw. einen gewissen Einfluß haben. Der Verdrängung des Buchdrucks durch minderwertige Reproduktionsapparate könnte durch Erziehung des Publikums mehr als bisher entgegengetreten werden. Betriebszeitungen, Seidlungsanordnungen, selbst Flugblätter - konnte man in der letzten Wahlbewegung sehen, die kaum zu lesen waren. Das letzte wohl die technische Ausführung mit dem geistigen Inhalt auf gleicher Stufe stehen. Wieviel veraltete Schul- und Lehrbücher mögen im deutschen Sprachgebiet noch im Gebrauch sein, deren Ersetzung durch neuzeitliches Material nicht nur einen Kulturfortschritt, sondern auch vermehrte Arbeits Gelegenheit für uns bedeuten würde.

Zugeben müssen wir, daß spekulativer Berselegereist sich lebhaft auf jede neue Zeitercheinung wirft und eine reich-

haltige Literatur darüber herausbringt; siehe Film, Radio, Sport u. a. Oft kommt zu viel auf den Markt; der Drucker ist häufig als Kreditgeber der Leittragende, weil — der Absatz fehlt. Die Hebung der Massenauflage hat gerade für unser Gewerbe die allergrößte Bedeutung. Die dritten Volksschichten in Deutschland lesen gern, gleichviel, ob es Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, irgendwelcher Art sein mögen. Die Not zwingt vielfach zur Einschränkung. Als Konsumenten von Drucksachen kommen aber nicht nur die Einzelpersonen, sondern auch noch die verschiedenartigsten Vereine in Betracht. Der Umfang der Vereinsdrucksachen in Deutschland (Zeitungen, Mitteilungsblätter, Plakate, Programme, Eintrittskarten und vieles andre mehr) kann kaum geschätzt werden. Der Geldmangel zwingt oft auch kleinere wie größere Organisationen zur Einschränkung der Druckaufträge.

Zur Steigerung des Reallohnens für die erwerbstätige Bevölkerung ist außer der Stärkung der Organisationen eine Ankerbelegung der Konjunktur notwendig, die den verstärkten Wohnungsbau aussehnen müßte. Die Arbeitervertreter haben sich bei der noch Annahme des Youngplanes kommenden Finanzregulierung mit aller Macht dafür einzusetzen, daß die Mittel, die aus der Hauszinssteuer einkommen, nur zum Bau von kleineren Wohnungen verwendet werden. Unsere Produktionsziffern in Deutschland sowie die Ausweise der Reichsbahn für die Wagenstellung weisen, daß wir keine Wirtschaftskrise im früheren Sinne haben. Auch unsere Handelsbilanz mit steigendem Uberschuß bei der Fertigwarenausfuhr zeigt, daß wir keine erhebliche Depression haben, sondern daß nur zu viel Arbeitskräfte durch die Rationalisierung freigesetzt wurden, wozu die immer stärker gewordene Frauenarbeit ihr Teil beizug.

Die Senkung der Diskontsätze auf den maßgebenden Geldmärkten sollte auch zur Bauertätigkeit wie zur Industriebelegung ausgenutzt werden.

Mancher unserer Herren Arbeitgeber würde vielleicht der Anshatzbelegung auf den vorgeschriebenen Wegen zustimmen, wenn ihm nicht gewisse Abhängigkeiten am „Ford“-Christlichen Denken verhiinderten.

Zum Schluß möchte ich zusammenfassend sagen, daß wir die Frage der Arbeitslosigkeit nicht nur im engeren Berufszusammenhang, sondern im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft betrachten müssen. Gewiß müssen wir Verkürzung der Arbeitszeit wie der Lehrlingsstafel, Vermerkung der Ferienzeiten fordern, aber es muß uns auch der Gedanke beschäftigen, wie ein größerer Absatz unserer Erzeugnisse herbeigeföhrt werden kann.

K e u e r l i n .

H. v.

Zur Arbeitslosennot

Alle früheren Krisen haben die Gemüter nicht so erregt wie die gegenwärtige. Man sagte sich bei den früheren Krisenereignissen, daß es in kurzer Zeit doch wieder anders werden wird. Und dieser Trost half über den Berg. Aber gegenwärtig ist gar keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Nein, durch die hinzukommende Rationalisierung wird die Arbeitslosigkeit allgemein ein Dauerzustand bleiben. Was soll dagegen geschhehen? Zunächst in unserm Gewerbe. Da ist schon in einigen Artikeln vieles gesagt worden, was sehr beachtenswert ist; vielleicht ist das Wichtigste überhaupt schon gesagt worden. Ob hier und da einer den Kopf schüttelt und sagen wird, das ist „Blödsinn“, hat gar keine Bedeutung. Demen geholfen werden soll, die sagen das sicher nicht, und die andern in fester Stellung würden sich damit auch keine gute Note ausstellen. Also unbefürmert um das Urteil ist es einfach fittliche Pflicht, alle Wege zu beschreiten, alle Mittel zu erwägen, keinen Fingerzeig unbeachtet zu lassen. Wir stehen mitten in einer wirtschaftlichen Revolution, die das einfach gebietet. Es gilt, Hilfe den Schwachen zu bringen. Das ist ausschlaggebend. Der Starke, der den Schwachen darum unbeachtet lassen würde, weil er selbst nie in dessen Lage verkehrt werden könnte, der stellt sich außerhalb der sozialistischen Machtsgruppe, die allein nur bezuhen ist, Veränderung zu verlangen und durchzuführen. Darüber sind wir uns im Verband sicherlich einig. Also können wir mit ruhigem Gewissen weitere Hinweise geben.

Die Verkürzung der Arbeitszeit muß als allererste Maßnahme durchgedrückt werden. Das braucht gar nicht so lange zu dauern. Den Erfolg können wir schon in nicht ganz einem halben Jahre sehen. Wir können die Forderung mit gutem Gewissen an unsere Unternehmer stellen, denn diese verlangen Überstunden und die 60-Stunden-Woche, wenn die Arbeit drängt und Arbeitskräfte nicht vorhanden sind. Anders herum lautet die berechtigte Gegenforderung: Arbeitszeitverkürzung, wenn Tausende von guten Kräften auf der Straße liegen. Gegenseitiger Vertrag, gegenseitige Pflichten und Verpflichtungen. Damit ist noch nicht allen Kollegen geholfen, aber mindestens die Arbeitslosigkeit auf ein normales Stadium gebracht.

Das wäre eine der schnell wirkenden Maßnahmen. Eine Stunde weniger pro Tag verträgt das Gewerbe mindestens. Das ist das Gefühl aller Kollegen. Instinktiv fühlen sie die Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Forderung.

Die Forderung auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre ist ebenfalls berechtigt. Die hohen Pensionen zugunsten der Alterspensionäre gekürzt, würde das ganze Volk mit zunehmender Genugtuung erfüllen. Warum nicht hierzu einmal einen Volksentscheid anregt durch die Gewerkschaften? Vielleicht braucht's das auch gar nicht und dieser Gedanke wird auch ohnedies im Reichstag bearbeitet.

Eine sofortige Wirkung würde die Kontrolle der Arbeitsleistung haben müßen insofern, als das Berechnen im Gemischgeld dadurch zum Verschwinden gebracht werden müßte. Wenn die Unternehmer dies lesen, werden sie sofort aufstehen und auf die Mehrgahlung verweisen, die die Mehrleistung bedingt. Das nehmen wir ihnen gar nicht übel. Aber es geht hier um die Erziehung wertvoller Menschen, es geht um die wirtschaftliche Vererbung und den sittlichen Verfall weiter Kreise der Kollegenschaft. Da wäre das Verschweigen eines Gedankens, sei er auch noch so feierlich, eine Sünde. Hier haben die Arbeiterträte und Verbandsfunktionäre eine Aufgabe zu erfüllen. Schluß mit der Schuferei! Kein Kollege darf entlassen werden, ohne geprüft zu haben, ob die Entlassung gerechtfertigt ist. Wenn nicht, Klage auf unbillige Härte. Der Unternehmer soll nachweisen, daß die Entlassung sein muß und daß der Betrieb sich ohne Entlassungen nicht mehr tragen würde. Die Gewissen der Kollegen müssen geweckt werden. Schufeten und schufeten ohne Grenze kann nicht der Sinn des Lebens sein, wenn zu gleicher Zeit sich Tausende und aber Tausende braver Kollegen auf der Straße tummeln und den Glauben an die Menschheit verlieren lernen. Die Welt besteht ohne Hasten genau so gut als mit Hasten und Würgen. Das Leben soll Genuß und Freude sein. Zum Lebensgenuß gehört Arbeit, die heute schon bald keine Freude mehr macht.

Zu prüfen ist, ob das Geschäft zwei oder drei Kollegen mehr tragen kann. Gewiß kann das nicht jede kleine Druckerei, aber eine große Anzahl kann das unbedingt. Nur ein einziges Beispiel einer kleinen Provinzdruckerei, einer Maternzeitung. Das Unternehmen hat fünf Kollegen beschäftigt und wirft einen monatlichen Reingewinn von durchschnittlich 4000 M. ab. Es ist bekannt, daß viele kleine andre Provinzblätter neben den großen Tageszeitungen wahre Goldgruben sind. Ein Kollege als ländergige Kraft mehr macht aber erst zum 2500 M. im Jahre aus. Dabei kann der Unternehmer noch genug sparen und jedes Jahr seine dreiwöchige Reise tun. Wenn der Unternehmer das Gegenteil behauptet, soll er die Bilanz vorlegen und Einsicht in seine Bücher gewähren, wie das im Gesetz im ersteren Falle notwendig, im zweiten Falle Pflicht des Unternehmers sein müßte, seine Behauptungen sofort zu belegen. Also mindestens keine Entlassung ohne Genehmigung des Betriebsrates und der Verbandsinstanzen. Stärkung und Wahrung des sozialen Gewissens kann man das nennen. Das ist auch ein gangbarer Weg, der sofort helfen kann.

Die Verbandsinstanzen und Sparten haben sofort überall nachzuprüfen, ob und wo Schuferei noch besteht und wo Kräfte nach den tariflichen Bestimmungen noch eingeschoben werden müßten. Da würde sich noch manche Arbeitskraft unterbringen lassen. Es soll niemand sagen, daß dies Mittel nebenlässlicher Wirkung sei. Es ist vielleicht ein sehr unliebsames und für die Beteiligten sehr peinliches Mittel, denn es verlangt Aktivität im Interesse eines andern. Dazu sind nicht alle Kollegen geneigt, das wissen wir. Aber auch nur einige Erfolge nach dieser Richtung hin und diese Zeiten sind nicht umsonst geschrieben.

Eine andre wichtige Forderung ist auf Beseitigung der Zuchtlausarbeit zu erheben. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß z. B. in Waldheim in Sachsen eine große Anzahl Schnellpressen stehen, die über den Rahmen der Drucksachen des eignen Bedarfs hinaus eine starke Konkurrenz sind. Der Strafvolzug muß eben andre Mittel finden, um den Sträflichen den Aufsichtstag erträglich zu machen. Es kann aber doch kein ewiger Zustand bleiben, daß in den Zuchthäusern Schmuckkonkurrenz getrieben wird. Hier wäre eine sofortige Eingabe an die Reichsregierung notwendig, um zunächst überhaupt einmal feststellen zu lassen, in welchem Umfang Druckmaschinen für den öffentlichen und privaten Bedarf in Zuchthäusern hergestellt werden.

Noch andre Mittel? Die sind alle langsam wirkend oder stehen in weiter Sicht. Nur vorläufig noch ein Hinweis. Mit diesem soll sich die Not einer andern Gruppe verbinden. Das ist die Gruppe jener großen Zahl Schriftsteller, die am Hungertuche nagen, weil ihre Arbeiten nicht Absatz finden. Nein, weil sie gar nicht erst gedruckt werden können. Ich weiß nicht, ob die Zahlen stimmen, die ich gehört und gelesen habe. 16000 deutsche Schriftsteller gibt es, davon sind 500, die sehr gut leben können, 500 andre leben einigermaßen und 15 000 hungern. Es geht ihnen wie unserm Verbandskollegen, die gern arbeiten müßten, ihre Werke sehen könnten, wenn ein andres System die Wirtschaft dirigieren würde. Die privaten Unternehmungen gehen nur auf Profit aus und übernehmen ein Risiko sehr schwer. Hier könnte die Erweiterung und der Ausbau der Reichsdruckerei aus einer Reichsverlagsanstalt helfen. Als gemeinnütziges Unternehmen gedacht, würde es sich tragen müßen. Neben bestimmten Werken, die die Reichsdruckerei schon herausgibt, müßte sie noch den Verlag jener Werke übernehmen, die wertvoll sein müßen, die aber der private Unternehmer nicht nimmt, weil ihm die Namen der Autoren nicht erfolgversprechend sind. Das wäre ein andrer Hinweis. Wie sich dies realisieren läßt, darüber müßten zunächst einmal Unterlagen gesammelt werden. Zu verzeihen ist dabei natürlich nicht, daß gerade ein solcher Plan den Widerstand der Unternehmer finden würde, die sofort eine neue staatkliche Konkurrenz in der Reichs-verlagsanstalt erblicken würden, und es würde ein Kampf der Verleger dagegen beginnen. Aber wir haben ja die freie Wirtschaft und die freie Konkurrenz, und mithin muß es dem Staat unbenommen bleiben, sich diesen Grund-satz zu eigen zu machen.

Vielleicht genügt dieser Hinweis, um einen Zähler auszutreden. Die gegenwärtige Regierung hat zwar augenblicklich genug andre Schmerzen, das wissen wir. Aber wir haben auch nicht gerade ein sorgloses Leben, und wenn es um das Heben der Wirtschaft geht und um die Aussicht, das angelegte Kapital einigermaßen verzinst zu sehen, dann ist dieser Weg vielleicht auch nicht der schlechteste.

Weinböha. Albin Schmieder.

Als Ergänzung der von „Cato“ in Nr. 93 aufgestellten sechs Forderungen zur Bekämpfung der großen Arbeitslosigkeit wäre nachzutragen:

7. Den verheirateten Frauen ist es gesetzlich verboten, Lohnarbeit anzunehmen, solange ein großer Prozentsatz männlicher Arbeitnehmer arbeitslos ist. Wie die Krisenfürsorge vom Arbeitsamt aus geregelt wird, so hat das Arbeitsamt auch für die Durchführung dieser Bestimmung einen Prozentsatz festzusetzen, dessen Höhe sich nach den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen richtet. Hat die Zahl der männlichen Arbeitslosen diesen Prozentsatz erreicht und überschritten, dann hat das Verbot an die verheirateten Frauen, Lohnarbeit anzunehmen, Geltung. Durch dieses Verbot wird den arbeitslosen Familienvätern die Möglichkeit gegeben, Frau und Kinder zu ernähren und nicht etwa umgekehrt, wie dies oft der Fall ist; weiterhin wird auch den älteren ledigen Arbeitslosen die Möglichkeit geboten, sich zu verheiraten, und die Frau gelangt wieder zu ihrem, ihrer Natur entsprechenden Hausfrauenberuf. Im Laufe der Zeit hat sich diese Forderung als eine Notwendigkeit ergeben.

Berlin. Herbert Zifz.

Mehr Strenge!

In gleicher Folge mit den Artikeln im „Korr.“, die sich mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit in unserm Gewerbe beschäftigen, erschienen in der „Rheinischen Zeitung“ Nr. 321 vom 22. November 1929 einige Artikel mit der Hauptüberschrift: „Mehr Strenge!“. In einem wird klipp und klar gesagt, daß durch die Marktverhältnisse und durch die Verschlebung der Macht manche Positionen von Arbeitern erlitten worden sind, die dadurch nicht immer zugunsten der sie emporgetragenen Idee ausgewertet wurden, weil die Betroffenen durch ihre gesicherte Position und gute soziale Lage den Kontakt mit der Masse, ihren früheren Arbeitsbildern, vielfach verloren haben, da wir eben alle Geschöpfe unserer Umgebung seien. Für diejenigen, die auf Grund ihrer Fähigkeit und moralischen Voraussetzungen zu öffentlichen Ämtern berufen werden, soll eine Höchstgrenze von Gehalt festgesetzt werden; der überschneidende Teil des Gehalts soll der Parteikasse zugute kommen. Ein erfreulicher Appell.

Leider reichlich spät, wenn nicht zu spät, kommt dieser Vorstoß. Nur zu oft hört man von Kassengemeinden, mit denen man sich über uns interessierende Fragen unterhält und nicht immer einer Meinung ist, daß eben manche Entwicklung mit Schuld an ihren extremen Ansichten sei. Zugabe, daß die Zeitverhältnisse viele dazu treiben, in mancher Hinsicht etwas weitherziger zu denken als früher. Zugegeben, daß diesen und jenen Kollegen auch wirtschaftliche Gründe veranlassen, in puncto Überstunden die sonst gewohnte Zurückhaltung vermissen zu lassen. Auch die sogenannte Lebenssteigerung wird ins Feld geführt, woran man teilhaben möchte. Solidarität und Kollegialität, Idealismus und Opferfreudigkeit! Wo sind die idealen Träger der Gewerkschaftsbewegung geblieben? Sind wir nicht alle mehr oder weniger dem Materialismus ver-



„Fünzig Jahre Verbandsmitglied“



Wilhelm Braun in Berlin
Eingetretet: 30. November 1879
Seht Invalide



Franz Schilling in Gera
Eingetretet: 30. November 1879
Seht Invalide



fallen? Sollen wir uns fatalistisch dem hingeben? Viele vergessen, daß sie, heute noch in todsicherer Kunst, morgen zum „stehenden“ Heer der Arbeitslosen gehören können. Dann wird sich wohl mancher Kollege, der trotz großer Arbeitslosigkeit vermeidbare Überstunden auf Kosten der Arbeitslosen macht, an Kollegialität und Solidarität erinnern. Zu spät, Arbeitslos.

In den letzten Arbeitsmarktbereichen der Rheinprovinz las man stets, daß die Reservearmee der Arbeitslosen sozusagen von Fall zu Fall auf Standem beschäftigt wird, um nur nicht durch eine „unproduktive“ Beschäftigung das Lohnkonto zu steigern. Früher wurde, wie schon an dieser Stelle erwähnt, in unserm Gewerbe ein Stammpersonal gehalten, das in der Lage war, eventuelle Schnellschüsse zu erledigen. Heute hat man alle nur scheinbar entbehrlichen Kräfte freigesetzt. Kommt eine eilige Arbeit, so läßt man vorerst lieber Überstunden machen, als daß man Gehilfen einstellt. Es muß möglich sein — die Verhältnisse in unserm Gewerbe werden, uns vielleicht dazu zwingen —, auch tageweise arbeitslose Gehilfen einzustellen, genau so wie in der Großindustrie. Richtig, wie ein Kollege schreibt: ein generelles Verbot von Überstunden, bis sich die Verhältnisse in unserm Gewerbe gebessert haben. Wo als Übertrag sich Überstunden vorerst absolut nicht vermeiden lassen, müssen die Überstundenbezugnahme so in die Höhe geschränkt werden, daß kein Prinzipal Luft verschluckt, welche machen zu lassen und lieber Gehilfen einstellt.

Berzweifelte Ausbrüche der arbeitslosen Kollegen, die später alle Disziplin vermissen lassen, soll man richtig einschätzen. Der Stab ist stolt und leicht gebrochen. Das innere Verhältnis zur Gewerkschaft muß erhalten bleiben. Es darf keine Kühle eintreten. Helfen wir unsern arbeitslosen Kollegen vorerst durch Vermeidung von Überstunden, und halten wir uns stets das Wort und seine Bedeutung vor Augen: arbeitslos...
R. I. n.

Bedauerliche Folgen eines Verbandsstagsbeschlusses

Die alte Kurierbereitschaft, wofin bist du verschwunden? Eine untrer schönsten und idealsten Sitten innerhalb untrer Organisation war schon von jeher die fast von allen Ortsvereinen und Mitgliedschaften eingeführte freiwillige Unterstützung untrer wandernden Kollegen, das sogenannte Ortsgeheimt oder Biatikum. Keine Organisation wird eine derart gut funktionierende freiwillige Unterstützungseinrichtung innerhalb ihres Mitgliederkreises aufweisen können, und wir konnten stolz auf die von starkem Solidaritätsgefühl zeugende Sitte sein.

Wenn auch untrer reisenden Kollegen sich in erster Linie auf eine ebenfalls einzig dastehende Reiseunterstützung untrer Verbände stützen können, so haben doch die Ortsgeheimte einen wesentlichen Teil zur Verbesserung der Lebenslage untrer Kunden beigetragen. Sie haben ferner die Wanderlust besonders bei den jungen Kollegen stark gefördert, und mancher Arbeitsplatz wurde von jungen Kollegen freigemacht und mit dem Wanderstab vertauscht, um die Welt und ihre Einrichtungen kennenzulernen.

Mancher arbeitslose ältere Kollege konnte auf die so freigewordenen Arbeitsplätze einzichen und manchem wurde eine zweifelhafte Kuschelkondition durch das Abwandern der Jugend zur Dauerstellung. Aber auch die Kollegen, die nur dem Zwang und der Not gehorchend die Landstraße unter die Füghe nehmen mußten, haben die Solidarität der in Arbeit stehenden Kollegen dankbar anerkannt und begrüßt.

Daß nun trotz dieser z. T. oft ganz ansehnlichen Zuschüsse in Form der freiwilligen Ortsgeheimte das Los untrer Kunden verbesserungsbedürftig war, haben unser Verbandsvorstand und die Gauvorkehrerkonferenz im Dezember 1928 sowie eine Anzahl weiterer Orts- und Bezirksvereine in richtiger Erkenntnis der Dinge durch Erhöhungsanträge der Reiseunterstützung zum Verbandsstags in Frankfurt a. M. bestätigt.

Der Verbandsstags hat sich diesen Anträgen nicht verschlossen und eine Erhöhung der Reiseunterstützung um 50 Pf. für jede Staffel beschlossen. Dieser Beschluß hat selbstverständlich bei den reisenden Kollegen schiefen Widerhall und Befriedigung ausgelöst. Soweit wäre nun diese Angelegenheit ganz in Ordnung, wenn nicht dieser begriffswerte Verbandsstagsbeschluß Folgen zeitigt hätte, die von den Antragstellern und vom Verbandsstags sicher nicht gewünscht wurden.

Raum hatte der Beschluß die Presse verlassen ohne schon in Wirksamkeit getreten zu sein, hatten verschiedene Ortsvereine und Mitgliedschaften nichts Eiligeres zu tun, als das Biatikum für Bezugsberechtigte zu sperren. Diesem bedauerlichen Beispiel folgten leider nun schon eine ganze Reihe weiterer Ortsvereine, die entweder das Biatikum ganz oder nur für die Bezugsberechtigten sperren. Seit Beendigung des Verbandsstages zählt diese traurige Statistik schon fast hundert solcher Sperrentzügen im „Korrespondent“.

Motiviert werden die Abbaumaßnahmen in den meisten Fällen mit Überlastung der Ortskassen, und nur die wenigsten Ortsvereine gestehen es offen ein, daß einzig und allein die Erhöhung der Reiseunterstützung den Anlaß zu dieser Maßnahme gegeben hat.

Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß in diesem Jahre die Zahl der Durchreisenden in ersprechendem Maße anwuchs und auch heute, trotz der vorgerückten Jahreszeit, noch nicht zum Stillstand gekommen ist, so sollte man in

Geschichtlicher Anschauungsunterricht

Am Sonnabend vor Martini 1891 vollendete ich meinen viereinhalbjährigen Lehrgang. Es war in einer Mittelstadt in Schwaben. Wie hatte ich mich auf diesen Tag gefreut! Mein Prinzipal beschäftigte 28 Gehilfen, von denen 21 Verbandsmitglieder waren. Feierlich waren die bisherigen Kossprachen gewesen, an denen auch der Beigeordnete des Bürgermeisters unserer Stadt teilnahm. Doch es kam anders. Am Sonnabend vorher brach der Neuntendentampfer aus, die Kündigungen waren nunmehr abgelaufen. Außer sieben Schültern waren auch vier Verdändler stehen geblieben. Vor diesen elf Kausreizern erfolgte meine Kossprache. War nicht so feierlich-fröhlich wie sonst bei solchen Anlässen. Am Abend des Tages fand ich mich bei den Streikenden ein. Ich melbete mich sofort zum Verband und wurde freudigst begrüßt. Das aber wurde mir zum Verhängnis. Am nächsten Sonnabend wurde ich entlassen.

Die Novembertage 1891 waren noch schön. Da ich in N. nicht bleiben konnte, ergriß ich den Wandersteden. Freilich war an Stellungfinden nicht zu denken, obwohl ich Offizin für Offizin abgraste. Mitte Januar kam ich bei bitterer Kälte nach Leipzig. Zuft an diesem Tage wurde dort von den Vertrauensleuten die Aufhebung des Streiks beschlossen. Mit 3 W. Gehrgeld schon man mich nach Dresden ab. Dort daselbe Bild. Von Ort zu Ort, von Stadt zu Stadt, ohne Stellung zu finden. Endlich im Mai 1892 erhielt ich in Peitz eine Kondition als Schweizerdegen. 1893 konnte ich in Berlin anfangen. Heruntergerissen, viel Schulden dabei.

Warum ich das heute ausbräbe? Weil es in untrer Zeit sehr nützlich ist, einmal an bestimmte Zeitkäufe zu

erinnern! In der „kleinen Verbandsgeschichte“ wird über die frühe Zeit von 1891/92 gesagt: „Am 24. Oktober 1891 erfolgten die meisten Kündigungen (im ganzen 12 000). Etwa 3000 Gehilfen wurden die Forderungen bewilligt und mehr als 10 000 traten in den Ausstand. Der Verband zählte am 1. Oktober 1891 17 405 Mitglieder in etwa 700 Druckorten. Obwohl der denkwürdige Keuntendentenkampf 1891/92 von der Gehilfenschaft mit der größten Begeisterung und beispiellosem Opfermut geführt wurde, ging er nach zehnwöchiger Dauer doch verloren. Die materiellen Nöte und sonstigen Widerstände zeigten sich stärker als edle Begeisterung... Die Niederlage des Verbandes war eine vollständige. Rund 2 1/2 Mill. M. hatte der Kampf verschlungen. Maßregelungen von Verbandsmitgliedern erfolgten in großer Zahl, das Verdecktwerden wurde für viele zur Notwendigkeit, und die Arbeitsverhältnisse verschlechterten sich zusehends. Die Bekehrungskala wurde weit überschritten usw.“

Ferner sei an die unselige Inflationszeit hier erinnert, wo sich ähnliche Tendenzen zeigten. Da war auf der einen Seite die große Arbeitslosigkeit, die wenigen Mitarbeiter in den Banknotendruckereien auf der andern Seite. Das führte 1923 dazu, daß in Berlin die arbeitslosen Kollegen zu verbildeten und willfährigen Nachläufern der kommunizistischen Volksverführer wurden. Das hatte einen Zusammenbruch mit nachfolgenden Demütigungen zur Folge, wie ihn die Berliner Buchdrucker noch nie gesehen hatten. Die Unternehmer triumphierten und nahmen entsprechende Rache. Alte Gehilfen, die jahrzehntelang in ein und derselben Kondition gestanden hatten, wurden aus den Betrieben mit herausgerissen und nicht wieder eingestellt. „Lassen Sie sich von den Kommunizisten Arbeit geben“, er-

härten einige Prinzipale hämisch. Durch den von kommunizistischen Drahtziehern verberechert angezettelten Streik waren sie ihre alten Arbeiter auf bequeme Weise losgeworden. Wohl mehr als 6000 Kollegen lagen auf dem Arbeitsnachweis. Darunter fast alle Funktionäre der Draganifikation. Auch ich blieb nach 23jähriger Tätigkeit als Vertrauensmann mit auf dem Pflaster und konnte nie mehr festen Fuß fassen. Das war der große Erfolg des „revolutionären Vorgehens“ im Jahre 1923 in Berlin, auf Veranlassung von gewerkschaftlichen Analphabeten.

Kaum waren die Wunden vernarbt, die der Streik von 1923 geslagen hatte, setzte die kommunizistische Hege wieder ein, und dazu bedienten sich die kommunizistischen Hege des „Graphischen Wochens“, ihres ausgesprochenen Heßblattes. Die Lohnherhöhung im Jahre 1923 war den Kommunizisten nicht hoch genug, und sie wurde benutzt, um in hundsgemeiner Weise gegen die Verbandsleitung zu gehen. In einer Anzahl Berliner Buchdruckereien wurden damals ansehnliche Lohnherhöhungen über Tarif abgeschlossen. Die betreffenden Buchdruckereibesitzer machten aber dabei ein gutes Geschäft, denn sie hielten strenge Mitterung in ihren Betrieben ab, und es wurde mehr Personal entlassen, als die Lohnzulage ausmachte. Mehrere Betriebe haben auf diese Weise bis zu 10 Proz. ihres Personals entlassen, darunter viele alte Kollegen. Diese Art Rationalisierung wurde namentlich in den größeren Betrieben vorgenommen, wo die kommunizistische Hege einzeln konnte, in den kleinen und kleinsten Betrieben ist diese ja aus naheliegenden Gründen nachfollos. Von den Kommunizisten wird nicht danach gefragt, was den Gewerkschaften nützlich ist, sondern immer nur, was ihren parteipolitischen Zwecken dienlich ist. Aus diesem Grunde schrecken sie von der Stet-

den Kreisen der arbeitenden Kollegen doch den seit Jahrzehnten gehegten Solidaritätsgedanken nicht so ohne weiteres abdroffeln. Der Grundgedanke unserer Gewerkschaftsbewegung: „Gegenseitige Hilfe in der Not zur Stärkung unserer geschlossenen Front gegen das Unternehmertum“, wird durch diese Abbaumassnahme einer alten und bewährten Einrichtung sicher nicht gefördert. Handelt es sich hier auch nur um freiwillige Leistungen unserer Kollegen den Durchreisenden gegenüber, so steht doch jedenfalls fest, daß in jedem Ortsverein das Ortsgeheim an Durchreisende als ständiger Ausgabenposten im Jahresetat einbezogen wird und dementsprechende Beiträge hierfür erhoben wurden. Werden nun die Leistungen gestrichen, so müßten ohne weiteres die Ortsbeiträge ebenfalls eine Senkung erfahren. Einer Senkung des Ortsbeitrags auf Kosten unserer wandernden Kollegen aber dürfte ein überzogener Gewerkschaftssozialismus seine Zustimmung geben.

Wenn wir zurückblicken auf das Jahr 1928, so müssen wir feststellen, daß in diesem Jahre ebenfalls fast 2000 wandernde Kollegen die Landstraßen bevölkerten. Dieses kundenreiche Jahr wurde trotz der hohen Opfer von den Ortsvereinen überwunden ohne den jetzt vorgeführten Massenabbau des Ortsgeheimes. Liegt heute eine zwingendere Notwendigkeit zu diesem Schritt vor? Ich sage nein und abermal nein!, selbst wenn die Verhältnisse noch schlechter sind als damals.

Nun steht der Winter vor der Tür, und Hunderte von Kollegen müssen noch frierend von Ort zu Ort wandern. Haben sie nun zum Teil noch das Glück, oder besser gesagt das Recht, noch mit etlichen Reisetagen auf der Legit ausgerechnet zu sein, so stehen ihnen die Türen zu den Kollegen nicht mehr offen. Sie müssen ohne das traditionelle Ortsgeheim weiterwandern, bis auch sie in die Reihen der Ausgekehrten eintreten. Dann erst sind sie wieder benötigt genug, um vor die Klagen der Reisetageleiter der verschiedenen Ortsvereine zu treten.

Ist nun wirklich eine Ortsklasse durch die hohe Zahl von Durchreisenden am Ende ihrer Kraft angelangt, so hätte wenigstens versucht werden müssen, die Wintermonate durchzuhalten. Bei Beginn des neuen Reisejahres wäre dann immer noch Zeit genug, die Frage des Ortsgeheimes einer tragbaren Neuregelung zu unterziehen. Ein besatzter Massenabbau für die Bezugsberechtigten hätte nie eintreten dürfen.

Die weitere Folge dieser unglückseligen Ortsvereinsbeschlüsse wird vor allem sein, daß sich der Strom der Reisenden in Zukunft über die an dem Ortsgeheim festhaltenden Ortsvereine ergießt und die dann nach vorzeitiger Erschöpfung ihrer Mittel einem Teil dann das Blattikum überhaupt nicht mehr gewähren können.

Ferner wird die Wanderlust unter den jungen Kollegen erhebliche Einbuße erleiden. Die Kollegen werden sich zeitlich überlegen, ob es für sie nicht besser ist, in ihren Stellungen zu verbleiben und, falls sie arbeitslos werden, lieber zur Ortsunterstützung und Arbeitslosenversicherung zu greifen.

Deshalb Kollegen, die ihr noch in Arbeit steht, verbietet die bedauerlichen Beschlüsse in euren Ortsvereinen, fügt den bisherigen keine neuen hinzu; Verweigert auch in Zukunft unser wandernde Kollegen das althergebrachte Blattikum nicht, unterbindet nicht um einiger Pfennige Mehrbelastung willen den alten Brauch der Wanderhaft unter Jugend und fördert auch weiterhin durch eure Solidarität die sozialen Ideen unserer Gewerkschaftsbewegung. Und Kollegen, soweit ihr die Jugendzeit bereits hinter euch habt, denkt daran, daß auch die Jugend gern und willig die Opfer für unsre alten arbeitsunfähigen Kollegen auf sich genommen hat, und daß auch sie ein Recht hat, durch die älteren Kollegen wenigstens während der Zeit der Waise tatkräftig unterstützt zu werden.

Zur Entwicklung des Tarifvertragswesens
In dem neusten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ wird eine Übersicht über den Stand der Tarifverträge am 1. Januar 1928 veröffentlicht. Die amtlichen statistischen Erhebungen kommen im allgemeinen recht spät zustande, was nicht mehr unserer schnelllebigen, veränderungsreichen Zeit entspricht. Die gewerkschaftliche Statistik über die Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse war der amtlichen um ein Jahr voraus. Wie in dem jetzt erschienenen Sonderheft Nr. 47 des „Reichsarbeitsblattes“ mitgeteilt wird, wird eine Änderung der amtlichen Tarifstatistik vorbereitet. Auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund will seine Tarifstatistik nach neuen Gesichtspunkten ausbauen.
Im Jahre 1927 ist die Zahl der Arbeiter, für die Tarifverträge gelten, um 1207320 gestiegen, das sind um fast 12 Proz. Annähernd die Hälfte davon entfällt auf das Baugewerbe. Im Frühjahr 1927 ist es dem Baugewerksbund gelungen, einen Reichstarif abzuschließen. Im ganzen nimmt die Tarifvertragsentwicklung einen günstigen Verlauf. Anfang 1927 standen 7490 Tarifverträge für 10 070 120 Arbeiter, Anfang 1928 8178 Tarifverträge für 12 267 440 Arbeiter in Kraft. Erneuert oder abgeschlossen wurden im Laufe des Jahres 1927 3284 Tarifverträge, fast doppelt so viel als im Jahre 1926. Die Zahl der unter diese Tarifverträge fallenden Arbeiter stieg sogar um mehr als das Doppelte, nämlich von 3 327 070 auf 7 305 737. Den Höhepunkt in der Tarifvertragsentwicklung nimmt das Jahr 1924 ein, in welchem alle Arbeitsbedingungen neu zu regeln waren. Danach verringerte sich die Bewegung bis 1926, um dann wieder anzusteigen. Im Jahre 1927 wurden in allen Berufen zahlreiche und umfangreiche Manteltarife erneuert und viele Arbeitszeitabkommen abgeschlossen. Das am 14. April 1927 in Kraft getretene Arbeitszeitnotgesetz beeinflusste die Tarifvertragsentwicklung günstig. Die Arbeitszeitfrage hat im Jahre 1927 bei der Regelung der Tarifverträge eine bedeutend größere Rolle gespielt, als in den beiden Jahren vorher. Das Statistische Reichsamts erklärt mit Recht, daß die Steigerung der Tarifvertragsbewegung vorwiegend auf die Neuregelung der Arbeitszeit zurückzuführen sei. Der Anstieg der Bewegung im Jahre 1927 wurde daneben aber mitbestimmt von dem Wünsche der Arbeiter, von den durch die steigende Konjunktur verbesserten Wirtschaftserträgen einen erhöhten Anteil zu erhalten.

Von 100 von den Tarifverträgen ersetzten Personen entfielen 13,7 auf Reichstarife, 76,8 auf Bezirkstarife, 5,9 auf Ortsstarife und 3,6 auf Firmentarife. Von ausschlaggebender Bedeutung sind also die Reichs- und Bezirkstarife, auf die mehr als 90 Proz. der von den Tarifen geregelten Arbeitsverhältnisse entfallen. Seit der Stabilisierung der Währung ist dieser Prozentsatz fast unverändert geblieben.
Das neuzeitliche Tarifwesen entwickelt sich dahin, daß immer größere Bezirke und gar nicht selten schon alle Gebiete des Deutschen Reiches von den Vereinbarungen erfaßt werden. Vor dem Kriege nahmen solche Verträge nur etwa eine halb so hohe Zahl ein. Jedoch handelt es sich bei den Nachkriegsverträgen vorwiegend um Manteltarife und Arbeitszeitabkommen. Die Lohntarife gelten vielfach für kleinere Bezirke.

Die Arbeitsbedingungen für mehr als acht Millionen Arbeiter, das sind rund zwei Drittel der Gesamtzahl aller Arbeiter, wurden durch 212 Tarifverträge geregelt. Unter den Tarifverträgen, die für mehr als 100 000 Arbeiter Geltung hatten, waren drei Reichstarife, nämlich für die Reichspfeifebanden, das Holzgewerbe und die Schuhindustrie. Die übrigen umfaßten nur begrenzte Gebiete. Es bestanden fünf riesige Bezirkstarife in der Land- und Forstwirtschaft, ein großer Tarif in Kohlenbergbau, drei in der Metallindustrie und einer in der Textilindustrie.

Von 100 von der amtlichen Tarifstatistik gezählten Arbeitern hatten eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, ohne die Pausen: 8,7 weniger als 48 Stunden, 82,7 48 Stunden und 8,6 mehr als 48 Stunden. 1925 hatten 77,2 von 100 Arbeitern eine Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche und 10,9 über 48 Stunden. Die Verhältnisse haben sich also verbessert. Bestimmungen über die Kürzung der Arbeitszeit am Sonnabend entfielen Anfang 1928 2543 Tarifverträge, die für 5438 413 Arbeiter gültig waren, 1927 waren es 2175 Tarifverträge und 4 722 180 Arbeiter. Die Wochenendfreizeit wird demnach erfreulicherweise immer mehr üblich.

Auch in der Regelung des Bezahlungswesens ist im Jahre 1927 ein Fortschritt festzustellen. Anfang 1927 entfielen 18,8 Proz. der Tarifverträge Bestimmungen über das Bezahlungswesen, Anfang 1928 19,3 Proz.
Keinen Fortschritt zeigte die Benutzung der Arbeitsnachweise. Die Benutzung der Arbeitsnachweise hängt von ganzem Willen der Unternehmer ab, was die ausgleichende Wirkung der Arbeitsnachweisseiten erschwert. Die Gewerkschaften versuchen, diese Wände in den Gesetzesbestimmungen durch tarifliche Vereinbarungen auszufüllen. Die Unternehmer wehren sich aber meist dagegen. Anfang 1927 ent-

hielten 26,1 Proz., Anfang 1928 26,2 Proz. der Tarifverträge Abmachungen über die Benutzung eines Arbeitsnachweises. Erfast wurden von diesen Tarifverträgen 1927 27,1 Proz., 1928 24,7 Proz. der Arbeiter. Die Zahl der Tarifverträge mit dem Benutzungszwang der Arbeitsnachweise ist zwar um 0,1 Proz. gestiegen, der Prozentsatz der Arbeiter, für die solche Vereinbarungen bestanden, ging aber zurück.

Bestimmungen über Urlaub entfielen am Anfang des Jahres 1925 86,6 Proz., 1926 89 Proz., 1927 90,3 Proz., 1928 93,2 Proz. der Tarifverträge. Von den an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitern hatten einen tariflichen Anspruch auf Erholungsurlaub Anfang 1927 93,1 Proz. der Arbeiter und 95,8 Proz. der Angestellten, Anfang 1928 95,3 Proz. der Arbeiter und 97,7 Proz. der Angestellten. Einen Tarifvertrag ohne Urlaubsbestimmungen kann man heute als eine Ausnahme ansehen.

Die Dauer des Urlaubs richtet sich gewöhnlich nach der Dauer der Zugehörigkeit des Arbeiters zum Betrieb. Der Tarifvertrag legt nur die Mindest- und Höchstbaldauer fest. Die Mindestbaldauer beträgt am häufigsten zwei bis drei Arbeitstage, die Höchstbaldauer wird bald auf sechs bis zwölf Arbeitstage, bald auf zwölf bis 18 Arbeitstage und nur selten auf mehr als 18 Arbeitstage festgelegt. Bemerkenswert ist, daß die Bestimmungen über die Arbeitsdauer sich in den letzten Jahren eher verschlechtert als verbessert haben. Von 100 Arbeitern, für die in den Tarifverträgen Urlaub vereinbart wurde, hatten: bis 8 Tage 1927 55 Proz., 1928 58 Proz.; 4 bis 6 Tage 1927 41,2 Proz., 1928 39,4; über 6 Tage 1927 2,8, 1928 2,6; 7 bis 12 Tage 1927 45,5, 1928 43,4; 13 bis 18 Tage 1927 19,8, 1928 17,2; über 18 Tage 1927 5,6, 1928 5,4 Arbeiter.

Die Zahl der Arbeiter mit längerer Urlaubszeit ist im Jahre 1927 zurückgegangen, die Zahl der Arbeiter mit sehr kurzer Urlaubszeit ist gestiegen. Die kurzen Urlaubszeiten können natürlich noch in keiner Hinsicht befriedigen. Es müssen allen Arbeitern einmal im Laufe des Jahres längere Arbeitspausen gesichert werden, damit sie sich vorübergehend ganz von der aufreibenden Berufsarbeit lösen können. Die zunehmende Mechanisierung der Arbeit macht eine alljährliche längere Urlaubsdauer immer dringender nötig. Das müßten eigentlich auch die Unternehmer einsehen. Einsteilen wehren sie sich jedoch noch sehr heftig gegen die Urlaubsgewährung. Für die Arbeiter wird zwar auch in Zukunft das Hauptgewicht darauf gelegt werden müssen, zeitgemäße Lohn- und Gehaltssteigerungen und angemessene Arbeitszeitverkürzungen zu erlangen. Aber daneben darf die Frage der Urlaubsgewährung nicht wieder zur Ruhe kommen. Ist es auf allen andern Gebieten, die die Tarifverträge behandeln, auch im Jahre 1927 im ganzen vorwärtsgegangen, so muß das in Zukunft auch auf dem Gebiete der Urlaubsverlängerung mit allen Mitteln zu erreichen versucht werden

Korrespondenzen
Nürnberg. Am 9. und 10. November war das Buchdruckerlängerquartett von Würzburg, mit dem uns freundschaftliche Bande verknüpfen, hier zu Gast, um mit dem Ortsverein am 9. November einen Familienabend zu feiern, der in kollegialer und schöner Weise verlief. Die gelanglichen, musikalischen und humoristischen Darbietungen fanden reichen Beifall. Am Sonntagmorgen fand zu Ehren der verstorbenen und gescheidenen Kollegen eine Totenfeier auf dem Friedhofe statt unter Mitwirkung des Quartettes. Nachmittags fand die gut besuchte Herbst-Bezirksversammlung statt, die durch einen Freiheitschor der Sänger eingeleitet wurde. Vertreten waren die Orte Klingenberg, Oberrhein, Miltenberg, Amorbach und Rohe. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ fanden die neuen Bezirksstatuten einstimmig Annahme. Anschließend hielt Vorsitzender F a r z e r ein ausführliches Referat über die Fachauskunftskonferenz. Vom Kollegen Engel (Würzburg) wurde dieses interessante Thema noch näher erläutert, und manch Wissenswertes konnte man noch hören. Die nächste Bezirksversammlung findet im Zusammenhang mit einem Bezirksjahressitz in Klingenberg a. M. statt. Den Würzburger Sängern bis dahin; Auf Wiedersehen!

Bremen. Eine gut besuchte Versammlung unseres Bezirksvereins wurde am 13. November im Vereinshaus abgehalten. Bezirksvorsitzender C o l e r t gedachte eingangs des Ablebens eines verstorbenen Kollegen, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Unter „Vereinsmitteilungen“ konnte der Vorsitzende berichten, daß die Eingabe um Einbeziehung des Berufstätigengewerbes in die Krisenfürsorge an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Niederlahsen in Hannover erfolgreich war. Trotz der großen Arbeitslosigkeit sind dem Vorstand Fälle gemeldet, daß Kollegen mehrsprachig gegen die Beschäftigungsvorhaben und Arbeitsstunden in größerer Zahl „schlafen“. In einem besonders trassen Fall (bei Nichtmitgliedern) schritt das Gewerbeaufsichtsamtsamt ein und sorgte für Abhilfe. Mitglieder, die sich in der Folgezeit zu nicht genehmigten Arbeitsstunden bereifunden, werden auf dem Mitteilungsblatt namhaft gemacht. Auch Besuche des Wohnabteiles waren zu verzeichnen. Im „Graphischen Blod“ Nr. 9 waren kürzlich zwei Artikel enthalten, in denen die Bremer Organisationsverhältnisse geschildert wurden. Der Vorsitzende forderte die „Oppositionellen“ auf, in die Versammlungen zu kommen und sich zu sachlicher Mitarbeit bereifunden zu lassen. Kollege C l m e r s wies auf die bevorstehende Verbewohnde der Würzburger Gutenbergs hin, appellierte an die Kollegen zur regen Mitarbeit und in der übrigen Arbeiterkluft. Hierauf hielt Gewerbesteller F a z e r einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage“. In seinen Ausführungen suchte der Referent die Ursachen zu ergründen, die uns in das augenblickliche wirtschaftliche Chaos ge-

legen auf sich genommen hat, und daß auch sie ein Recht hat, durch die älteren Kollegen wenigstens während der Zeit der Waise tatkräftig unterstützt zu werden.

München die Zeilen dazu beitragen, einen alten und würdigen Brauch innerhalb unserer Organisation vor dem Verfall zu bewahren zur Ehre unserer Kollegen und unsres Verbandes.

A n s b a c h. C. K r i e g.

Zur Entwicklung des Tarifvertragswesens
In dem neusten Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ wird eine Übersicht über den Stand der Tarifverträge am 1. Januar 1928 veröffentlicht. Die amtlichen statistischen Erhebungen kommen im allgemeinen recht spät zustande, was nicht mehr unserer schnelllebigen, veränderungsreichen Zeit entspricht. Die gewerkschaftliche Statistik über die Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse war der amtlichen um ein Jahr voraus. Wie in dem jetzt erschienenen Sonderheft Nr. 47 des „Reichsarbeitsblattes“ mitgeteilt wird, wird eine Änderung der amtlichen Tarifstatistik vorbereitet. Auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund will seine Tarifstatistik nach neuen Gesichtspunkten ausbauen.
Im Jahre 1927 ist die Zahl der Arbeiter, für die Tarifverträge gelten, um 1 207 320 gestiegen, das sind um fast 12 Proz. Annähernd die Hälfte davon entfällt auf das Baugewerbe. Im Frühjahr 1927 ist es dem Baugewerksbund gelungen, einen Reichstarif abzuschließen. Im ganzen nimmt die Tarifvertragsentwicklung einen günstigen Verlauf. Anfang 1927 standen 7490 Tarifverträge für 10 070 120 Arbeiter, Anfang 1928 8178 Tarifverträge für 12 267 440 Arbeiter in Kraft. Erneuert oder abgeschlossen wurden im Laufe des Jahres 1927 3284 Tarifverträge, fast doppelt so viel als im Jahre 1926. Die Zahl der unter diese Tarifverträge fallenden Arbeiter stieg sogar um mehr als das Doppelte, nämlich von 3 327 070 auf 7 305 737. Den Höhepunkt in der Tarifvertragsentwicklung nimmt das Jahr 1924 ein, in welchem alle Arbeitsbedingungen neu zu regeln waren. Danach verringerte sich die Bewegung bis 1926, um dann wieder anzusteigen. Im Jahre 1927 wurden in allen Berufen zahlreiche und umfangreiche Manteltarife erneuert und viele Arbeitszeitabkommen abgeschlossen. Das am 14. April 1927 in Kraft getretene Arbeitszeitnotgesetz beeinflusste die Tarifvertragsentwicklung günstig. Die Arbeitszeitfrage hat im Jahre 1927 bei der Regelung der Tarifverträge eine bedeutend größere Rolle gespielt, als in den beiden Jahren vorher. Das Statistische Reichsamts erklärt mit Recht, daß die Steigerung der Tarifvertragsbewegung vorwiegend auf die Neuregelung der Arbeitszeit zurückzuführen sei. Der Anstieg der Bewegung im Jahre 1927 wurde daneben aber mitbestimmt von dem Wünsche der Arbeiter, von den durch die steigende Konjunktur verbesserten Wirtschaftserträgen einen erhöhten Anteil zu erhalten.

Von 100 von den Tarifverträgen ersetzten Personen entfielen 13,7 auf Reichstarife, 76,8 auf Bezirkstarife, 5,9 auf Ortsstarife und 3,6 auf Firmentarife. Von ausschlaggebender Bedeutung sind also die Reichs- und Bezirkstarife, auf die mehr als 90 Proz. der von den Tarifen geregelten Arbeitsverhältnisse entfallen. Seit der Stabilisierung der Währung ist dieser Prozentsatz fast unverändert geblieben.
Das neuzeitliche Tarifwesen entwickelt sich dahin, daß immer größere Bezirke und gar nicht selten schon alle Gebiete des Deutschen Reiches von den Vereinbarungen erfaßt werden. Vor dem Kriege nahmen solche Verträge nur etwa eine halb so hohe Zahl ein. Jedoch handelt es sich bei den Nachkriegsverträgen vorwiegend um Manteltarife und Arbeitszeitabkommen. Die Lohntarife gelten vielfach für kleinere Bezirke.

Die Arbeitsbedingungen für mehr als acht Millionen Arbeiter, das sind rund zwei Drittel der Gesamtzahl aller Arbeiter, wurden durch 212 Tarifverträge geregelt. Unter den Tarifverträgen, die für mehr als 100 000 Arbeiter Geltung hatten, waren drei Reichstarife, nämlich für die Reichspfeifebanden, das Holzgewerbe und die Schuhindustrie. Die übrigen umfaßten nur begrenzte Gebiete. Es bestanden fünf riesige Bezirkstarife in der Land- und Forstwirtschaft, ein großer Tarif in Kohlenbergbau, drei in der Metallindustrie und einer in der Textilindustrie.

Von 100 von der amtlichen Tarifstatistik gezählten Arbeitern hatten eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, ohne die Pausen: 8,7 weniger als 48 Stunden, 82,7 48 Stunden und 8,6 mehr als 48 Stunden. 1925 hatten 77,2 von 100 Arbeitern eine Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche und 10,9 über 48 Stunden. Die Verhältnisse haben sich also verbessert. Bestimmungen über die Kürzung der Arbeitszeit am Sonnabend entfielen Anfang 1928 2543 Tarifverträge, die für 5438 413 Arbeiter gültig waren, 1927 waren es 2175 Tarifverträge und 4 722 180 Arbeiter. Die Wochenendfreizeit wird demnach erfreulicherweise immer mehr üblich.

Auch in der Regelung des Bezahlungswesens ist im Jahre 1927 ein Fortschritt festzustellen. Anfang 1927 entfielen 18,8 Proz. der Tarifverträge Bestimmungen über das Bezahlungswesen, Anfang 1928 19,3 Proz.
Keinen Fortschritt zeigte die Benutzung der Arbeitsnachweise. Die Benutzung der Arbeitsnachweise hängt von ganzem Willen der Unternehmer ab, was die ausgleichende Wirkung der Arbeitsnachweisseiten erschwert. Die Gewerkschaften versuchen, diese Wände in den Gesetzesbestimmungen durch tarifliche Vereinbarungen auszufüllen. Die Unternehmer wehren sich aber meist dagegen. Anfang 1927 ent-

hielten 26,1 Proz., Anfang 1928 26,2 Proz. der Tarifverträge Abmachungen über die Benutzung eines Arbeitsnachweises. Erfast wurden von diesen Tarifverträgen 1927 27,1 Proz., 1928 24,7 Proz. der Arbeiter. Die Zahl der Tarifverträge mit dem Benutzungszwang der Arbeitsnachweise ist zwar um 0,1 Proz. gestiegen, der Prozentsatz der Arbeiter, für die solche Vereinbarungen bestanden, ging aber zurück.

Bestimmungen über Urlaub entfielen am Anfang des Jahres 1925 86,6 Proz., 1926 89 Proz., 1927 90,3 Proz., 1928 93,2 Proz. der Tarifverträge. Von den an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitern hatten einen tariflichen Anspruch auf Erholungsurlaub Anfang 1927 93,1 Proz. der Arbeiter und 95,8 Proz. der Angestellten, Anfang 1928 95,3 Proz. der Arbeiter und 97,7 Proz. der Angestellten. Einen Tarifvertrag ohne Urlaubsbestimmungen kann man heute als eine Ausnahme ansehen.

Die Dauer des Urlaubs richtet sich gewöhnlich nach der Dauer der Zugehörigkeit des Arbeiters zum Betrieb. Der Tarifvertrag legt nur die Mindest- und Höchstbaldauer fest. Die Mindestbaldauer beträgt am häufigsten zwei bis drei Arbeitstage, die Höchstbaldauer wird bald auf sechs bis zwölf Arbeitstage, bald auf zwölf bis 18 Arbeitstage und nur selten auf mehr als 18 Arbeitstage festgelegt. Bemerkenswert ist, daß die Bestimmungen über die Arbeitsdauer sich in den letzten Jahren eher verschlechtert als verbessert haben. Von 100 Arbeitern, für die in den Tarifverträgen Urlaub vereinbart wurde, hatten: bis 8 Tage 1927 55 Proz., 1928 58 Proz.; 4 bis 6 Tage 1927 41,2 Proz., 1928 39,4; über 6 Tage 1927 2,8, 1928 2,6; 7 bis 12 Tage 1927 45,5, 1928 43,4; 13 bis 18 Tage 1927 19,8, 1928 17,2; über 18 Tage 1927 5,6, 1928 5,4 Arbeiter.

Die Zahl der Arbeiter mit längerer Urlaubszeit ist im Jahre 1927 zurückgegangen, die Zahl der Arbeiter mit sehr kurzer Urlaubszeit ist gestiegen. Die kurzen Urlaubszeiten können natürlich noch in keiner Hinsicht befriedigen. Es müssen allen Arbeitern einmal im Laufe des Jahres längere Arbeitspausen gesichert werden, damit sie sich vorübergehend ganz von der aufreibenden Berufsarbeit lösen können. Die zunehmende Mechanisierung der Arbeit macht eine alljährliche längere Urlaubsdauer immer dringender nötig. Das müßten eigentlich auch die Unternehmer einsehen. Einsteilen wehren sie sich jedoch noch sehr heftig gegen die Urlaubsgewährung. Für die Arbeiter wird zwar auch in Zukunft das Hauptgewicht darauf gelegt werden müssen, zeitgemäße Lohn- und Gehaltssteigerungen und angemessene Arbeitszeitverkürzungen zu erlangen. Aber daneben darf die Frage der Urlaubsgewährung nicht wieder zur Ruhe kommen. Ist es auf allen andern Gebieten, die die Tarifverträge behandeln, auch im Jahre 1927 im ganzen vorwärtsgegangen, so muß das in Zukunft auch auf dem Gebiete der Urlaubsverlängerung mit allen Mitteln zu erreichen versucht werden

Korrespondenzen
Nürnberg. Am 9. und 10. November war das Buchdruckerlängerquartett von Würzburg, mit dem uns freundschaftliche Bande verknüpfen, hier zu Gast, um mit dem Ortsverein am 9. November einen Familienabend zu feiern, der in kollegialer und schöner Weise verlief. Die gelanglichen, musikalischen und humoristischen Darbietungen fanden reichen Beifall. Am Sonntagmorgen fand zu Ehren der verstorbenen und gescheidenen Kollegen eine Totenfeier auf dem Friedhofe statt unter Mitwirkung des Quartettes. Nachmittags fand die gut besuchte Herbst-Bezirksversammlung statt, die durch einen Freiheitschor der Sänger eingeleitet wurde. Vertreten waren die Orte Klingenberg, Oberrhein, Miltenberg, Amorbach und Rohe. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ fanden die neuen Bezirksstatuten einstimmig Annahme. Anschließend hielt Vorsitzender F a r z e r ein ausführliches Referat über die Fachauskunftskonferenz. Vom Kollegen Engel (Würzburg) wurde dieses interessante Thema noch näher erläutert, und manch Wissenswertes konnte man noch hören. Die nächste Bezirksversammlung findet im Zusammenhang mit einem Bezirksjahressitz in Klingenberg a. M. statt. Den Würzburger Sängern bis dahin; Auf Wiedersehen!

Bremen. Eine gut besuchte Versammlung unseres Bezirksvereins wurde am 13. November im Vereinshaus abgehalten. Bezirksvorsitzender C o l e r t gedachte eingangs des Ablebens eines verstorbenen Kollegen, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Unter „Vereinsmitteilungen“ konnte der Vorsitzende berichten, daß die Eingabe um Einbeziehung des Berufstätigengewerbes in die Krisenfürsorge an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Niederlahsen in Hannover erfolgreich war. Trotz der großen Arbeitslosigkeit sind dem Vorstand Fälle gemeldet, daß Kollegen mehrsprachig gegen die Beschäftigungsvorhaben und Arbeitsstunden in größerer Zahl „schlafen“. In einem besonders trassen Fall (bei Nichtmitgliedern) schritt das Gewerbeaufsichtsamtsamt ein und sorgte für Abhilfe. Mitglieder, die sich in der Folgezeit zu nicht genehmigten Arbeitsstunden bereifunden, werden auf dem Mitteilungsblatt namhaft gemacht. Auch Besuche des Wohnabteiles waren zu verzeichnen. Im „Graphischen Blod“ Nr. 9 waren kürzlich zwei Artikel enthalten, in denen die Bremer Organisationsverhältnisse geschildert wurden. Der Vorsitzende forderte die „Oppositionellen“ auf, in die Versammlungen zu kommen und sich zu sachlicher Mitarbeit bereifunden zu lassen. Kollege C l m e r s wies auf die bevorstehende Verbewohnde der Würzburger Gutenbergs hin, appellierte an die Kollegen zur regen Mitarbeit und in der übrigen Arbeiterkluft. Hierauf hielt Gewerbesteller F a z e r einen Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage“. In seinen Ausführungen suchte der Referent die Ursachen zu ergründen, die uns in das augenblickliche wirtschaftliche Chaos ge-

Deshalb, Kollegen: Vernt aus der Vergangenheit! Hütet unsern überall geachteten, angeesehenen Verband vor Verachtung, Tarifuntreue und Zerpfitterung! Und Berlin vor einem zweiten 1923!

Berlin. Michael St.

führt haben, und hob hervor, daß die Einstellung der Gewerkschaften heute eine andre sei als vor dem Kriege. Diese seien neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit zugleich Stütze der Republik und somit staatsbeherrschend geworden. Er wies auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen hin und forderte die Kollegenschaft auf, Geschlossenheit zu wahren und ihre Pflicht zu tun. Der Vortrag fand lebhafteste Zustimmung. Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die Entgegennahme des Berichts vom Ortsausschuß. Kollege Stöckinger als Ausschußmitglied konnte sich kurz fassen; denn der Ausschuß war seit April nur zweimal zusammengetreten. In der ersten Sitzung wurde ein Vortrag entgegengenommen, während in der zweiten die Volkshausfrage, die der Arbeiterkammer Bremsens allerdings sehr nahe liegt, „nebensächlich“ berührt. Neben kritisierte die Tätigkeit des Ortsausschusses scharf und bedauerte, daß dieser nicht mehr zu prinzipiellen Gewerkschaftsfragen, den letzten Bauereiarbeiterstreik dabei erwähnend, unbedingt Stellung nimmt. Die Punkte „Geldbewilligung“ und „Ausschuß“ fanden baldige Erledigung. Letzterer wurde zurückgestellt, da der betreffende Kollege versprochen, seine Verpflichtungen dem Verbande gegenüber schnellstens nachzukommen. Unter „Berichtlesen“ löste die Frage Lohnabbau eine längere und lebhaftete Debatte aus. Alle Redner sprachen sich gegen den Lohnabbau aus und forderten die Kollegen auf, sich geschlossen gegen solche Maßnahmen der Unternehmer zu wehren unter Anwendung zweckentsprechender gewerkschaftlicher Mittel. Lebhaft bedauert wurde, daß die Geschäftsleitung der Bremer Volkzeitung, bei Einstellungen kritisch auf das Alter sieht, ohne die Leistungen der Kollegen zu kennen, und zunächst nur das Minimum bietend. Einmütig angenommen wurde ein Antrag, dieses Vorkommnis der Preiserkommmission sowie auch dem Vorstand der heiligen Parteileitung zur Kenntnis zu bringen.

Vorwort. (H a n d l e r.) Im Vorbergrunde unserer Zusammenkunft am 10. November stand ein Lichtbildvortrag des Kollegen Meyer über den Amtmeister Müller. Im Material standen dem Vortragenden etwa 65 Bilder zur Verfügung, so daß die anwesenden Kollegen einen tiefen Einblick in das Wesen und Wirken des großen Meisters bekamen. Weiter teilte Kollege Köllmeier mit, daß der Beitrag für die Gewervereingung unserm Antrage entsprechend herabgesetzt worden ist. Ferner machte er Mitteilung von neu gegründeten Handwerksvereinigungen im Gau. Nachdem Kollege Baehs den Kasernenbericht gegeben hatte, befaßte sich die Versammlung mit der Neuorganisation des Bezirks. Da die auswärtigen Kollegen nicht für die Bildung eigener Ortsvereinigungen waren, einigte man sich auf Weiterbestehen der jetzigen Bezirksvereinigung. Im Anschluß an den bereits erwähnten Vortrag wurde noch der Johannistagsbruderaustausch im Lichtbild vorgeführt.

Wien. (H a n d l e r.) Endlich haben sich auch hier in Wien die Handwerker aufgetrafft und eine Handwerksvereinigung ins Leben gerufen. Einer Einladung zu einer Zusammenkunft am 10. November hatten ungefähr 120 Kollegen Folge geleistet. Nach einigen begründeten Worten durch Kollege H e d h a u s e r referierte Kollege Straßmann (Wien) über „Verband und Sparte“. In überzeugenden Worten vertrat er es, Zweck und Ziel der Sparte darzulegen. Seine Ausführungen fanden großen Beifall. Die einleitende lebhaftete Debatte bewies, daß die Ausführungen aufmerksam Zuhörer gefunden hatten, und der Zusammenfluß wurde allseitig begrüßt. Unter Vorsitz von Kollege B ä h n i n g betonte, daß er sich freue, daß nun auch die Handwerker sich zusammenschließen und erhofft daraus ein besseres und stärkeres Verbandesleben. Er sicherte die ideale und auch die materielle Unterstützung des Bezirksverbandes zu. In die inzwischen herumgerückten Aktien hatten sich bereits 30 Kollegen als Mitglieder eingetragen, so daß die Gründung hiermit schon vollzogen war. Eine fünfgliedrige Kommission wurde beauftragt, die Vorarbeiten für die nächste Vollversammlung zu leisten. In seinem Schlusswort wies Kollege S t r a ß m a n n nochmals auf die Notwendigkeit der Handwerksparte hin und bat die Kollegen, in den Betrieben zu werden, damit alle Handwerker reiflos der Sparte zugeführt werden. Hierbei betonte er noch besonders, daß die Handwerksparte mit dem Bildungsverband Hand in Hand arbeiten müßte, ebenso mit den anderen Sparten. Wir wollen nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten zum Wohle der Gesamtheit. Wir wollen in erster Linie Verbandsmittelglieder sein und dann erst Spartenmitglieder. Mit einem Appell an gemeinsames Arbeiten in der Sparte zum Wohle des Ganzen schloß Kollege H e d h a u s e r die anregend verlaufene Versammlung.

Gussling. Auf sein 25 jähriges Bestehen konnte am 9. und 10. November unser Ortsverein zirkulischen. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Festabend am Sonnabend in der „Konfordia“. Schon die äußere Aufmachung des Saales mit seinen weißgedeckten, blumengeschmückten Tischen, auf der Bühne das Porzitt unsern Atmesters Guttenberg inmitten von Lorbeerbäumen und umflort von den Buchdruckerfarben, ließ das Aufkommen einer echt buchdruckerlich-rheinischen Stimmung voraussehen. Der Vorsitzende W i l l i n g konnte nach einem flott gespielten Festmarsch eines erstklassigen Drechslers und einem Prolog, vorgetragen vom Kollegen J i m m e r m a n n, in seiner Eröffnungsrede auslösen den vollständig erschienenen Kollegen mit ihren Angehörigen eine stattliche Zahl von Gästen und ehemaligen Kollegen des Ortsvereins begrüßen. Es waren von Gauvorstand Kollege Kößner, vom Bezirksvorstand die Kollegen Balbus und Schilly erschienen, ferner Vertreter des Ortsausschusses sowie die Prinzipalität. Ein sachgemäß aufgestelltes Festprogramm mit abwechslungsreichen Darbietungen sorgte für animierteste Stimmung, und allen Festteilnehmern wird der Abend noch lange in Erinnerung bleiben. Die Festrede hielt Kollege V ö s t e r, der in markanten Worten ein Bild von der Gründung und dem Aufschwung des Substanzvereins entrollte und im Namen des Gauvorstandes die besten Glückwünsche übermittelte. Anschließend erchte er sechs Jubilare für 20jährige treue Mitgliedschaft und dankte für die wertvollen Dienste, die die meisten der Jubilare in langjähriger Funktionstätigkeit

dem Ortsverein und der Organisation geleistet haben. Diesem Danke schloß sich namens des Ortsvereins Kollege E l s h w e i l e r mit gleichzeitiger Überreichung eines Substanzgedächtnisses an mit der besonderen Mahnung an die anwesenden Jungkollegen, getreu dem Vorbild dieser Jubilare ihre Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Kollege B a l b u s überbrachte die Glückwünsche vom Bezirksvorstand, Kollege E s s e r vom Ortsausschuß; ferner kamen noch eine Reihe eingegangener Glückwunschschriften von Ortsvereinen des Bezirks sowie einzelner Kollegen zur Verlesung. Im Namen der Jubilare dankte Kollege V o r m a g e n für die ihnen zuteil gewordene Ehrung. Ein Tanzkränzchen hielt die Festteilnehmer noch bis in die frühen Morgenstunden zusammen. Am folgenden Sonntag fand mittags die Bezirksversammlung statt. Ein Festball beschloß die in allen Teilen schön verlaufene Jubiläumssfeier. Die Festdruckfachen wurden von der Firma Gebrüder Doepgen kostenlos hergestellt, wofür auch an dieser Stelle gedankt sei.

Kattowitz (Polen). Der Verband der Deutschen Buchdrucker für die Wojewodschaft Schlesien hielt am 10. November seine Hauptversammlung ab, an der auch Kollegen aus Gleiwitz und Hüniburg teilnahmen, die vom Vorsitzenden V o g e l e r herzlich begrüßt wurden. Die Versammlung war fast vollständig besetzt. Dem Geschäftsbereich des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß die gute Konjunktur, die bis über den Sommer hinaus angehalten hatte, jetzt in der sonstigen Hochsaison, dem Herbst, merklich weniger bedeutend nachgelassen hat, so daß mit einer größeren Konditionslosigkeit zu rechnen ist. Aus dem vom Kollegen M o s t e r i vorgelegt ausgearbeiteten Kasernenbericht ging hervor, daß die Kasernenverhältnisse trotz der größeren Arbeitslosigkeit stabil sind und ein Überschuß für das nächste Geschäftsjahr zu verzeichnen ist. Die Mitgliederzahl hat um 25 zugenommen. Dem Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. Der Lehrungsleiter konnte eine große Intensität in der Jugendabteilung nachweisen, doch führte er Klage, daß ihm durch die Grenzziehung das notwendige Material nicht mehr zur Verfügung steht. Durch die von den einzelnen Funktionären gegebenen Berichte zog sich wie ein roter Faden das Überhandnehmen der Lehrlinge. Die Tarifvertreter wurden aufgefordert, bei der nächsten Tarifberatung auf eine Neuordnung der Lehrlingskata ihre Augenmerk zu richten, um so der drohenden Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Angehts der von Tag zu Tag zunehmenden Teuerung wurde beschlossen, die Arbeitsgemeinschaft zu veranlassen, sofort Verhandlungen wegen einer Teuerungszulage aufzunehmen. Verschiedene Anträge, die teilweise eine Neugefaltung des Statuts erfordern würden einer zu wählenden Kommission überwiesen. Die Neuwahl des Vorsitzenden ergab die einstimmige Wiederwahl des Kollegen V o g e l e r. Als nächster Tagesordnungspunkt wurde wieder Kattowitz bestimmt. — Ein gemeinschaftliches Mittagessen hielt die Kollegen noch längere Zeit beisammen.

Saarbrücken. (H a n d l e r.) Am 27. Oktober gab in entgegenkommender Weise (durch Vermittlung der Handwerksvereinigung) die Bauereische Gießerei (Frankfurt a.M.) allen Kollegen des Saargebietes Gelegenheit, der Durchführung ihres Werkfests, „Wie ein Druckbuchstabe entsteht“, in den „Kammerkistchen“ beizuwohnen. Den in großer Anzahl erschienenen Kollegen wurde einleitend seitens des Vertreters, Herrn P i s s e r, von der Gründung der Buchdruckerkunst ausgehend, die Gründung und Entwicklung der Bauereischen Gießerei bis zum heutigen Tage in kurzen Zügen vor Augen geführt. Der sich daran anschließende Werkfilm zeigte den Anwesenden den gesamten Zerlegung eines Druckbuchstabens von der Zeichnung des Graphikers bis zum vollendeten Guß. Der Einblick in die einzelnen Entwicklungsphasen und Betriebswerkstätten erregte lebhaftes Interesse, besonders verstärkt bei denjenigen, die am Fronleichnamstage Gelegenheit hatten, der Beschäftigung und Führung durch die Bauereische Gießerei persönlich beizuwohnen. Der Bauereischen Gießerei und ihrem Vertreter für ihre weitgehende Unterstützung auf dem Gebiete der Fortbildungsbeförderungen ganz besonderen Dank.

Allgemeine Rundschau

Erkundigungen bei Konditionswechsel. Ebenso wie vor jedem Konditionswechsel im Inlande Erkundigungen beim zuständigen Gauvorstand eingehogen werden müssen, besteht für jeden Verbandskollegen auch die unabwiesbare Pflicht, vor Eintritt einer Stellung im Auslande rechtzeitig bei der betreffenden Organisationsleitung Auskunft eingeholen. Das findet leider noch nicht genügende Beachtung. Wie uns vom Vorstand des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker und Zeitungsarbeiter in Wien VII, Seibengasse 15, mitgeteilt wurde, häufen sich in letzter Zeit die Fälle, daß Kollegen aus Deutschland auf Abmachungen mit österreichischen Prinzipalitäten Konditionen annehmen, ohne beim Vorstand des österreichischen Verbandes vorher anzufragen. In den bisherigen Fällen ließ es der Verbandsvorstand meist mit einer Bitte für die disziplinierten handhabenden Kollegen bewenden und veranlaßte sie, da in Österreich selbst viele arbeitslose Buchdrucker vorhanden sind, nach einiger Zeit wieder abzureisen. Für die Zukunft sieht sich jedoch die österreichische Organisationsleitung notgedrungen veranlaßt, rigorosere vorzugehen und solchen Kollegen, die ohne vorherige Anfrage Konditionen annehmen, die Anerkennung ihrer Verbandsmitgliedschaft zu verweigern. Aus diesem Grunde sei vor Disziplinlosigkeit dringend gewarnt. Jeder Verbandskollege hat die statutarische Pflicht, vor einem Konditionswechsel rechtzeitig Erkundigungen einzuholen. Das gilt in besonderem Maße für das Ausland. Wer diese Pflicht unbeachtet läßt, schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die aus einer Unterlassung entstehenden Folgen zu tragen.

Steuerbefreiung für Kräftenbildung. Zur Herbeiführung einer für das ganze Reich gültigen Entscheidung über die Steuerfreiheit der Kräftenbildung wandte sich unser Verbandsvorstand unterm 28. September d. J. mit einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium. In dem daraufhin eingegangenen Bescheid vom 15. November erklärte sich der Reichsfinanzminister damit einverstanden,

„daß die Kräftenbildung (Zuschlag auf den normalen Stundenlohn), die nach § 20 Absatz 4 des zur Zeit gültigen Deutschen Buchdruckerartikels vom 2. März 1927 für das Reich und die Ausschüsse der Kräfte gewährt wird, als steuerfreie Aufwandsentschädigung nach § 36 Absatz 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 (Reichsgesetzblatt I, Seite 189) betrachtet und daher dem Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht unterworfen wird.“ Die einzelnen Finanzämter sind darüber informiert worden.

Abkommen über Verbreitung proletarischer Literatur. Der Staatsverlag der Sowjetunion hat mit dem Büro für internationale Literatur eine Vereinbarung getroffen, laut welcher eine ständige und systematische Verbindung zwischen den beiden Institutionen zum Zwecke einer möglichst weiten Verbreitung proletarischer Literatur hergestellt wird. Der Staatsverlag wird die besten Erzeugnisse proletarischer Schriftsteller Westeuropas in den Sprachen der verschiedenen Völkerschichten der Sowjetunion herausgeben, während das obengenannte Büro im Auslande die bemerkenswertesten Bücher von Sowjetchriftstellern in verschiedenen Sprachen herausgeben wird. Ferner soll ein Journal herausgegeben werden, das die bemerkenswertesten proletarischen Dichtungen sammelt.

Milderung der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Aufträge. Der Winter steht vor der Tür. Eine große Arbeitslosigkeit wird sich auch diesmal wieder einstellen. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die Arbeitslosen ziffer im Januar auf über zwei Millionen. Da gibt es natürlich, Umstau zu halten, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Beschäftigungslosigkeit auf ein möglichst niedriges Maß herabzubringen. In dieser Beziehung können hauptsächlich zwei Dinge in Erwägung gezogen werden, erstens öffentliche Aufträge und zweitens öffentliche Aufträge. Wie Arbeitsminister Wißell in einem Artikel des „Vorwärts“ mitteilt, ist auf eine Arbeitslosenverminderung durch Aufträge in diesem Winter weniger zu rechnen, da die Mittel, die der Reichsausschuss hierfür vorrätig, knapp bemessen sind. Das Reichsarbeitsministerium prüft durch Besuche die Möglichkeit, inwieweit Bauarbeiten auch im Winter ausgeführt werden können. Dieser Versuch ist sehr lobenswert. Ein großes Gewicht wird auf die Vergebung von Arbeiten hauptsächlich für die großen gewinnwirtschaftlichen Betriebe gelegt. In Frage kommen hier vor allem die Reichsbahn und die Reichspost. Nach dem oben erwähnten Artikel hat der Reichsarbeitsminister sich bei beiden Unternehmen dafür eingesetzt, die Wintermonate Januar bis März besonders stark mit Aufträgen zu belegen. Sowohl die Reichsbahn als die Reichspost haben sich bereit erklärt, den Wünschen des Reichsarbeitsministeriums zu entsprechen. Auch die übrigen öffentlichen Unternehmen, in Frage kommen hier hauptsächlich die Staats- und Kommunalbetriebe, müßten dazu übergehen, größere Aufträge herauszugeben. Wir sind davon überzeugt, daß infolge der Ausbreitung der öffentlichen Wirtschaft dadurch eine plötzliche Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausgeübt werden kann. Deshalb sollten die Freunde der Arbeiterbewegung, die in öffentlichen Körperlichkeiten tätig sind, überal darauf bringen, daß die Arbeitslosigkeit durch eine künstliche Konjunkturbelastung herabgemindert wird.

Weiteres Wachsen der Arbeitslosen ziffer. In der ersten Hälfte des November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, wie amtlich mitgeteilt wird, um 120 000 oder 14,5 Proz. gestiegen. Die Gesamtzahl betrug am 15. November rund 1 016 000, davon 808 000 Männer und 208 000 Frauen. Die Zunahme belief sich bei den Männern auf 16,2 Proz., bei den Frauen nur auf 7 Proz. Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitsfürsorge ist in der gleichen Zeit wieder gestiegen, und zwar um 6900 Personen oder 4 Proz. Auch hier war die Zunahme bei den Frauen geringer als bei den Männern. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitsfürsorge betrug am 15. November rund 178 500.

1,7 Millionen Sozialrentner. Wie im Berliner Tagesblatt kürzlich zu lesen war, haben der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“ und die kommunalen Spitzenverbände in 93 Städten und 100 Landkreisen eine Erhebung durchgeführt über die nichtunterstützten und unterstützten Sozialrentner. Auf Grund dieser Erhebung gelangte man für das ganze Reich auf die Zahl von 1,7 Millionen Sozialrentnern, von denen 680 000 Unterstühtungen aus der Fürsorge erhalten. Bei den Lebigen überwiegt die Zahl der Unterstühtungen, und zwar besonders bei den Frauen. Unter den Verheirateten bilden die Ehepaare, in denen der Mann Sozialrentner ist, den Hauptanteil. Von den nichtunterstützten Sozialrentnern stellen die Ehepaare die Hälfte, von den unterstützten knapp ein Drittel dar. Das Verheiratenfeld fällt also die Sozialrentner davon ab, noch Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Wenn in der Erhebung festgestellt wird, daß bei den unterstützten Sozialrentnern das Gesamteinkommen nicht ausreicht, um den notwendigen Lebensunterhalt zu gewährleisten, so bedeutet dies natürlich keine neue Entdeckung, sondern es ist schon längst bekannt. Von den 680 000 unterstützten Sozialrentnern befinden sich rund 50 000 in geförderter Fürsorge, in Heimen usw. Dieser besondere Fürsorgeaufwand wird mit der zunehmenden Alterung des deutschen Volkes immer größer werden. Bei diesem engen Zusammenhang zwischen Sozialversicherung und Fürsorge ist es dringend notwendig, daß endlich die Sozialversicherung ausgebaut und die Sozialrentner aus der Fürsorge reiflos herausgenommen werden.

Verbesserung der Arbeitslosenversicherung in England. Infolge Anstrens einflußreicher reaktionärer Kreise, denen durch Dummheiten links- und rechtsextremer Teile der Arbeiterkammer leider noch Steigbügeldienste geleistet werden, hat die Arbeitslosenversicherung in Deutschland bekanntlich eine Verschlechterung erfahren. In England wurde jedoch der entgegengetretene Weg beschritten. Eine dem Parlament zugeweilte Regierungsvorlage sieht vor, daß das versicherungspflichtige Alter von 16 auf 15 Jahre herabgesetzt wird. Da die englischen Kinder bis zum 15. Jahre die Schule besuchen, ist ein junger Arbeiter mitfin sofort nach der Schulentlassung versicherungspflichtig. Die Unterstühtung beginnt bei 6 Schill. für männliche und 5 Schill.

für weibliche Arbeiter. Die daraus entstehenden Mehrkosten trägt der Staatshaushalt. Des ferneren soll das Gesetz über Arbeitslosenversicherung nach verschiedenen Richtungen hin eine Verbesserung erfahren.

Zum Schiedspruch für die Schuhindustrie. Im Lohnstreit der deutschen Schuhindustrie haben die Arbeitgeberverbände den Schiedspruch, den der Sonderlichter am 20. November gefällt hat, abgelehnt. Die Arbeitgeberverbände haben den Schiedspruch angenommen und Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsminister beantragt.

Jagd auf Spar- und Bankkonten. Um jede Sparmaßnahme wird heute von Sparkassen und Banken hart gekämpft. Die Großbanken haben Sparkonten eingeführt, um namentlich den Stadt- und Kreissparkassen Konkurrenz machen zu können.

Die Kassen sind nicht nur in Großstädten wie Berlin und Hamburg usw. durch Bankgesellschaften und Depositenbanken vertreten, sondern auch durch Hunderte von Filialen in Mittel- und Kleinstädten. Jetzt will sie durch das Agentensystem auch bei der Landbevölkerung und in den kleinsten Städten um Depositen werben.

Hauszinssteuer und Wohnungsbau. Von der preussischen Regierung wurde im „Amtlichen Preussischen Presseblatt“ Aufklärung über die Verwendung der Mittel aus der Hauszinssteuer gegeben. Nach der Hauszinssteuerordnung soll mindestens die Hälfte des Aufkommens aus der Hauszinssteuer zur Förderung der Bautätigkeit verwendet werden.

Verbandsnachrichten. Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 3191, 3141 bis 3145. Hauptkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 12, Berlin S 14, Poststraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (H. Schweinitz).

allgemeinen Staatsfiskus verschwinden zu lassen. Das muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Selbstlose Blutspender. Das Geld doch noch nicht in allen Fällen den alleinigen Ausschlag gibt, dafür ist die Selbstlosigkeit der Pariser Blutspender ein sprechendes Beweismittel.

Literarisches. Berliner Buchdrucker-Zeitungskalender 1930. Pünktlich wie immer ist auch in diesem Jahre der neunzehnte im Jahresgange liegende beliebte Almanach für die Kollegen Groß-Berlins erschienen. Sein Herausgeber, Kollege Otto Schäfer, war wieder bemüht, dem Lektüren einen Inhalt zu geben, der ausschließlich praktischen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Getorben. In Berlin am 20. November der Buchdruckereibesitzer Georg Koenig, 63 Jahre alt - Selbstmord. In Burg bei Berlin am 20. November der Stereotypenstecher Karl Pöhl, 53 Jahre alt - Selbstmord.

Briefkasten. Fr. in G.: Auch in dieser Frage haben Sie sich auf das falsche Pferd gesetzt, aber abgesehen. D. K. in W 87: Auch die unethologische Verleumdung wäre zu berücksichtigen.

Verbandsnachrichten (weiter). Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 3191, 3141 bis 3145. Hauptkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 12, Berlin S 14, Poststraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (H. Schweinitz).

Zur Aufnahme gemeldet (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die bezugsfähige Adresse): Im Gau Westfalen-Lippe der Seher Walther Schicht, geb. im Bielefeld, ausgeh. dort 1900; war schon Mitglied.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung. Hauptverwaltung. Bericht vom Monat September 1929. Kauf der Reife: 1014 Mitglieder. Ortsunterstützung erhielten 6045 Mitglieder.

Table with 5 columns: Beschäftigungsart, In der Kasseunterstützung (Mitgl., Tage), In der Ortsunterstützung (Mitgl., Tage), Unterstützungsstage insgesamt. Rows include Seher, Maschinengeher, Drucker, Stereotypenstecher, etc.

Im Unterstützungsbezug verblieben am 28. September 1929: 4587 Mitglieder. Unterstützungsstage im September 1928: 104755. Unterstützungsstage im September 1929: 83340.

Arbeitslosenunterstützungsstage wurden gezahlt: Im dritten Quartal 1929: 244823 Tage im dritten Quartal 1928: 412809 Tage.

Berichtungs-Kalender. Kassenberichten. Versammlung Sonnabend, den 30. November, abends 8 Uhr, im Volkshaus (Stimmer 3).

Anzeigenpreis: 15 Pf. die Stebengespaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebot sowie für Anzeigen flegaler Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art.

Grid of advertisements including: Ortsverein 'Synpographia' Nienburg a. d. W.; 25. Gründungsfest; Maschinenfabrikvereinigung im Gau Dresden; Berlin! Sonderveranstaltung für die Ortsverbände; Die Weiterentwicklung im Buchdruckgewerbe; Dankeagung; Berufsbildung; Musikinstrumente; and various notices and announcements.